

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einchl. Postgebühr. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenbeilage für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilage „Koll und Geir“ und „Kinderfreund“. Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lachit“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampfbroschüre 80 Seiten, Reichsweite 5.— Reichswert „Reichsweite“ des letzterdrucks Wort 25 Pfennig (gültig zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stillebegehre das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hausgeschäft Lindenstraße 3. wöchentlich von 10 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Autobusunglück am Lühowufer. Gegen einen Baum gefahren. — 14 Verletzte.

Am Lühowufer ereignete sich gestern abend gegen 19 Uhr ein schweres Verkehrsunfall. Ein vollbesetzter Autobus der Linie 10 fuhr in vollem Tempo über den Bürgersteig und raste gegen einen starken Baum. Der Autobus wurde schwer beschädigt, und 14 Fahrgäste erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Das Rettungsdienst sorgte für den Abtransport der Verletzten, während die zu Hilfe gerufene Feuerwehr die Aufräumungsarbeiten vornahm.

Der Autobus, der vom Lühowplog kam, fuhr am Lühowufer in Richtung Potsdamer Brücke entlang. Etwa 150 Meter vor der Haltestelle Lühowufer geriet der Autobus infolge des sehr schlüpfrigen Pflasters plötzlich derart ins Schleudern, daß der Führer jede Gewalt über seinen Wagen verlor. Immerhin gelang es ihm, das Steuer nach der Hülfseite herumzureißen. Hierbei geriet der Autobus jedoch auf den Bürgersteig und prallte mit ungeheurer Wucht gegen einen Baum. Der Führer wurde vollständig eingedrückt und sämtliche Fenster scheibeln zertrümmert. Die Fahrgäste des Autobus wurden von ihren Sitzen geschleudert und erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Als ein besonderer Umstand ist es zu bezeichnen, daß der Bogen nicht umstürzte. Von allen Seiten eilte sofort Hilfe herbei und in kurzer Zeit konnten sämtliche Fahrgäste aus dem stark demolierten Wagen geborgen werden.

Die Mehrzahl der Verunglückten, die Kopf-, Bein-, Arm- und Rückenverletzungen erlitten hatten, konnten, nachdem sie in einer Privatklinik verbunden worden waren, sobald wieder entlassen werden. Der Straßenabschnitt am Lühowufer, in dem sich das Unglück ereignete, war einige Zeit für den Verkehr gesperrt.

Artikel 48.

Die Frage der Ausführungsbestimmungen wird überprüft.

Der Reichsinnenminister hat den Sachbearbeiter für Verfassungsfragen im Reichsinnenministerium, Ministerialrat Dr. Kalsenberg, beauftragt, eine Zusammenstellung über die bisherigen Ergebnisse der Beratungen mit den Ländern über die Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 vorzunehmen. Es soll festgestellt werden, ob und inwieweit eine Beschleunigung der unter der letzten Regierung sehr dilatorisch behandelten Frage möglich ist.

Achtstundentag und Minderheitenschutz. Kundgebungen der Völkerbundliga.

Haag, 6. Juli (Eigenbericht).

Der Kongress der Völkerbundsgefellschaften schloß heute seine fünfjährigen Beratungen mit einer Entschließung über den Achtstundentag ab. Er begrüßt mit Genugtuung die Ratifizierung der Washingtoner Konvention durch Frankreich und stellt fest, daß die Durchführung dieser Ratifizierung von der Ratifizierung durch andere Staaten abhängt. Er bedauert, daß die Revisionsbestrebungen den internationalen Achtstundentag und das ganze Werk des internationalen Arbeitsamtes gefährden. Der englische Gewerkschaftsführer Ewin wies als Berichterstatter auf

Die Zusage der Regierung Hermann Müller

hin, das Achtstundenabkommen bald zu ratifizieren und begrüßte die Aussichten, die sich dadurch für die Ausdehnung des Achtstundentages auf die ganze Welt ergeben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die schnelle Ratifizierung dieses Abkommens durch die deutsche Regierung geeignet ist, die Gefahren der englischen Revisionspolitik zu beseitigen.

Zur Abrüstung, zum Kellogg-Pakt und gegen den Bostrieg nahm der Kongress einstimmig Entschließungen an — nur der Italiener Giannini stimmte dagegen. Ebenso einigte sich der ganze Kongress, sowohl die Staatsvölker, wie die Minderheitsnationen auf die Forderung nach Einlegung einer ständigen Minderheitenkommission beim Völkerbund, auf eine Völkerbundsuntersuchung des gesamten Minderheitenproblems und nach

Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Staaten. Auch hier erklärte sich der Faschist, indem er Einspruch erhob und erklärte, daß Italien keine bisherige Minderheitenpolitik zu einer führen werde! Der Kongress nahm schließlich noch eine Resolution an, daß das Völkerbundssekretariat, unabhängig von den Regierungen, seine Beamten selbst wählen soll. Diese Entschließung ist gegen das Bestreben der italienischen und der spanischen Regierung gerichtet, wichtige Posten im Völkerbundssekretariat mit Faschisten und Nationalisten zu besetzen.

Der mit gastfreundlichen Veranstaltungen etwas überlastete Kongress ging mit einem Bankett in Amsterdam zu Ende, nachdem die Teilnehmer noch einen starken Eindruck von den in den letzten fünf Jahren für 120000 Menschen gebauten Wohnungen in neuer Architektur gewonnen hatten.

Elf Todesurteile — keine Gründe!

Eine unmögliche Urteilsbegründung.

Moskau, 6. Juli (WTB).

In der Begründung des Urteils im Schacht-Prozess werden zunächst die Entwicklungsetappen der gegenrevolutionären Organisation im Donez-Becken, die sich im Jahre 1924 aus den ursprünglich getrennten Gruppen der früheren Angestellten und der ehemaligen Grubenbesitzer gebildet haben soll, angeführt. Diese Organisation sei

von Paris aus

sowohl von der sogenannten „Bereinigung ehemaliger Bergindustrieller Südrusslands“ wie auch von der „Polnischen Vereinigung ehemaliger Grubenbesitzer des Donez-Beckens“ unter Führung Dworschanskis geleitet worden. Die Pariser Zentrale habe nicht allein Auskünfte über die Arbeiten und die Zustände in den Bergwerken eingezogen, sondern sie habe auch die Schädigungsarbeit bei der Kohlenförderung, bei der Durchführung der Einfuhrgeschäfte und bei ähnlichen Vorgängen geleitet. Während der Beratung im Jahre 1926 hätte sich die Pariser Zentrale das Ziel gesetzt, einen Bruch zwischen der Sowjetunion und Frankreich herbeizuführen und hätte die Fragen der Vorbereitung eines Krieges der Intervention in Rußland, der Schädigungsarbeit usw. erörtert. Eine analoge Rolle hätte die polnische Vereinigung gespielt, die ihre Verbindung mit der Schädigungsorganisation nicht allein durch einzelne Angestellte der sowjetischen Bergindustrie verwirklichte, sondern auch durch Personen, die bei einigen ausländischen Unternehmungen angestellt gewesen seien. Die Chartower Zentrale habe gemäß den ihr zugegangenen Anweisungen nicht nur die wertvollsten Bergwerke den ehemaligen Grubenbesitzern zu erhalten gesucht, sondern sie habe auch die Wirtschaft im Donez-Becken derart zu führen sich bemüht, daß der Weg für die Rückgabe der nationalisierten Unternehmungen, wenn auch nur in Gestalt von Konzessionen angebahnt werde, die für die Konzessionäre besonders rentabel sein sollten.

Zum Programm der Chartower Zentrale habe auch die Propaganda gegen die Sowjetunion und für eine Unterstüfung der Feinde der Sowjetunion gehört, die im Falle eines Krieges durch die Einstellung der Kohlenförderung, die Zerstörung der Bergwerke sowie auch durch direkte feindselige Handlungen erfolgen sollte. Es heißt dann weiter, die Beweisnahme habe ergeben, daß die Schädigungsorganisation auf der einen Seite von den Vereinigungen ehemaliger Grubenbesitzer sowie gewissen kapitalistischen Kreisen und andererseits von gewissen Institutionen einiger Auslandsstaaten finanziert worden sei. In den letzten drei Jahren hätte diese Organisation

mehrere hunderttausend Rubel

empfangen, wobei die Gelder entweder persönlich von den Mitgliedern der Organisation bei ihrer Rückkehr von dienstlichen Auslandsreisen oder mit Unterstützung gewisser ausländischer Institutionen übermitteln worden seien. Eine der Finanzquellen seien auch die prozentualen Beiträge für die Bestellungen gewesen, die durch die Mitglieder der Organisation an deutsche Firmen vergeben wurden, wobei der Empfang der Geldmittel aus diesen Quellen in einzelnen Fällen dadurch erleichtert wurde, daß in einigen dieser Firmen leitende Posten mit russischen Emigranten besetzt waren, die ihrerseits bereit gewesen seien, der Schädigungsorganisation allseitige Unterstützung angedeihen zu lassen. Ferner stellte das Gericht fest, daß Anfang des Jahres 1928 die Chartower und auch die Moskauer Zentrale in Tätigkeit zu treten begannen, die die Schädigungselemente in den verschiedenen Trusts und Volkswirtschaftsunternehmen vereinigen sollten. In der Begründung der Anklage gegen Matoff, Bratanowski, Bojarinoff, Kruschkanowski, Jussewitsch und Budny wird darauf hingewiesen, daß diese nicht allein die tätigsten Mitglieder der Schädigungsorganisation gewesen seien, sondern auch mit Vertretern einiger ausländischer Institutionen in Verbindung gestanden und ihnen neben Wirtschaftsinformationen auch politische Auskünfte geliefert hätten.

Man liest und staunt; man liest ein zweites Mal und glaubt zu träumen; man liest ein drittes Mal und fragt sich: Wie konnte sich das Sowjetgericht, also die Sowjet-Regierung, angesichts eines furchtbaren Bluturteils die Mühe einer so kläglichen, so widerspruchsvollen, so ungeschickten Urteilsbegründung geben!

Worin bestand demnach die ganze „Sabotage-Verschöpfung“? Darin, daß die Angeklagten versucht hätten, die nationalisierten Bergwerke, „zu erhalten“, ja sie sogar „besonders rentabel“ zu machen, damit die ehemaligen Besitzer sie unter möglichst günstigen Bedingungen, „wenn auch nur in der Gestalt von Konzessionen“ zurückerhalten!

Bitte schön: so steht es schwarz auf weiß in der Urteilsbegründung geschrieben! Wo ist da die Sabotage, wo die Verschöpfung, wo das Verbrechen, das mit dem Tode gefühnt werden muß?

Die ehemaligen Besitzer erstrebten demnach die Konzessionierung ihres ehemaligen Besitzes. Aber das

ist doch die ganze „Rep“, die neue „ökonomische Politik“, die von Lenin angeordnet wurde, als das Sowjet-Regime aus eigener Kraft wirtschaftlich nicht mehr weiter kam! War es nicht das Bestreben der „Rep“, die ehemaligen Besitzer durch das System der Konzessionen wieder zur Mitarbeit an der russischen Volkswirtschaft heranzuziehen?

Die Ingenieure und sonstigen Spezialisten waren nun bemüht, die Betriebe, die durch das bolschewistische System zugrunde gerichtet worden wären, „zu erhalten“, ja „besonders rentabel“ zu gestalten. Seit wann ist das Sabotage, seit wann liegt darin eine Schädigung der Wirtschaft? Wäre Sowjet-Rußland damit gedient worden, daß die Betriebe vollständig verkommen und unrentabel bleiben, so daß sich überhaupt keine Reflektanten auf Konzessionen gemeldet hätten?

Das Gericht hat offenbar gemerkt, daß es auf dieser Begründung die eigene Anklage einfach totschlägt. Deshalb führt das Urteil ganz plötzlich ein Salto mortale aus. Auf einmal ist nämlich alles wieder anders: Dieselben Angeklagten, denen zum Kapitalverbrechen gemacht wird, daß sie die Gruben erhalten und besonders rentabel gemacht hätten, die hätten zugleich für den Fall eines Krieges die „Zerstörung der Bergwerke“ in Aussicht genommen!

Eigenartige Ergebnisse, die gleichzeitig „Hunderttausende von Rubeln“ ausgegeben haben sollen, um einerseits ihre Werke möglichst rentabel zu erhalten und andererseits, um sie eventuell zerstören zu lassen, und zwar gerade dann zu zerstören, wenn sich ihnen durch den Ausbruch eines Krieges die beste Gelegenheit wieder bieten würde, zu ihrem früheren Besitztum zu gelangen! Beim deutschen Rückzug aus Nordfrankreich im Herbst 1918 hat die Oberste Heeresleitung in frevolhafter Weise die Gruben zerstören lassen, damit sie nicht von den wiedereinziehenden Franzosen in Betrieb genommen werden konnten. Nach der Logik des Sowjetgerichts müßten umgekehrt die französischen Besitzer der nordfranzösischen Gruben ein Interesse daran gehabt haben, daß die Deutschen noch schnell vor ihrem Rückzuge die Werke sprengen und erlaufen lassen!

Man könnte über diesen phantastischen Unsinn nur herzlich lachen, wenn nicht im Hintergrunde fünf Menschenleben auf dem Spiele stünden, die sofort vernichtet werden sollen, und ein Duzend weiterer Menschenleben in Gefahr stünde, durch endlose Haft in russischen Kerker ebenfalls ruiniert zu werden.

Von der Militärspionage zugunsten Polens, die vor Beginn des Prozesses kategorisch von höchsten Sowjetstellen, insbesondere von Rykow, behauptet wurde, ist während der ganzen Verhandlungen überhaupt nicht mehr die Rede gewesen, und auch in der Urteilsbegründung sucht man vergebens nach einem solchen Hinweis. Nur am Schluß steht eine Andeutung über gelieferte Wirtschaftsinformationen und „auch politische Auskünfte“ an amtliche ausländische Institutionen. Was sind das für „Institutionen“, und überhaupt was versteht man in Rußland unter „politischen Auskünften“? Ist das etwa ein Delikt, das mit dem Tode bestraft werden muß? Schönes Land! Prachtvoller „Arbeiterstaat“!

Nebenbei bemerkt: von den deutschen Firmen, die zunächst beschuldigt wurden, schlechte oder unzuverlässige Maschinen geliefert zu haben, ist nur noch ganz beiläufig die Rede: er wird dunkel angedeutet, sie hätten „prozentuale Beiträge für die Bestellungen“ bezahlt — der Vorwurf der Bestechung wird also nicht ausgesprochen, sondern nur vorsichtig wahrgesprochen — und dadurch die „Verschwörung“ mit finanziert.

Da man die deutschen Angeklagten freigesprochen hat, — der „verurteilte“ GBL-Postpächter Badstieber interessiert uns nicht, die Sowjetregierung wird ihn schon für seine Dienste belohnen — konnte und durfte man nicht mehr behaupten. Uebrigens legen wir auf diesen Teil des Urteils und seiner Begründung nur geringen Wert. Zum wir wissen: auch wenn die deutschen Angeklagten schuldig gewesen wären, auch wenn die von Deutschland gelieferten Maschinen unbrauchbar gewesen wären, das Sowjet-Tribunal hätte sie doch freigesprochen, um möglichst bald wieder die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland aufnehmen zu können. Denn bei diesem Urteil war nicht das Recht, die das Unrecht, nicht die Schuld oder Unschuld maßgebend, sondern allein die politische Zweckmäßigkeit.

Wozu aber überhaupt diese ganze Urteilsbegründung? Für das sowjetrussische Innland? Dieses ist ja sowieso nicht mehr fähig, nach zehnjähriger Abstumpfung durch Unterdrückung aller demokratischen Freiheiten, sich eine eigene kritische Ansicht zu bilden. Diesem bolschewistischen Publikum kann man ja alles vorsagen, sogar diese Urteilsbegründung.

es wird die darin liegenden Widersprüche doch nicht erkennen, — und selbst wenn es sie erkennen würde, es dürfte sich doch nicht dazu äußern. Für das Ausland? Nun dann hätte man sich doch die Mühe nehmen sollen, eine weniger unlogische, handgreiflich sinnlose Begründung aufzulegen. Bisher besahen die Sowjet-Leute in der übrigen Welt wenigstens den Ruf, Kluge, ja gerissene Beute zu sein, die ihren Gegnern geistig ebenbürtig, dialektisch oft sogar überlegen seien. Nach diesem Elaborat, durch das die Blutrurteile des Schacht-Prozess begründet werden sollen, bleibt zwar ihr Ruf der Brutalität unbestritten, aber wo ist da noch eine Spur von Intelligenz?

Obdengefuche eingereicht.

Kostau, 6. Juli.

Die Verteidiger der im Schacht-Prozess zum Tode verurteilten Ingenieure Gorleht, Jusszewitsch, Bojarinow, Budny und Reichschanowski haben beim Zentralschlichtungsausschuss für die Beurteilung ein Obdengefuch eingereicht.

Wie Wilhelm II. Richter behandelte.

Der Zentrumsführer Spahn wird zum Rapport bestellt.

Der nachstehend abgedruckte Brief Wilhelms II. aus den letzten Monaten 1906 an den damaligen Justizminister Bessler, in dem dieser aufgefordert wird, den Zentrumsführer Spahn wegen einer mißliebigen Rede bei der Beratung des Kolonialgesetzes „zum Rapport zu bestellen“, ist in jenen sympathischen und verbindlichen Wendungen abgefaßt, deren sich Wilhelm stets zu bedienen pflegte, wenn es sich um „vaterlandslose Gesellen“ handelte. In jener Zeit ereignete es sich wiederholt, daß von dem allerhöchsten Herrn auch die Zentrumsabgeordneten neben die vaterlandslosen Sozialdemokraten auf die Schandbank gesetzt wurden, wenn sie, vor allem in Militär- und Kolonialfragen, nicht nach der kaiserlichen Pfeife tanzten. Aus dieser Stimmung heraus ist der nachfolgende Brief geschrieben, in dem Wilhelm den damaligen Zentrumsführer Spahn, der eine hohe juristische Stellung bekleidete — er war damals Oberlandesgerichtspräsident — durch einen ministeriellen Handlanger vor die Alternative stellen ließ, entweder als Beamter die Regierungsvorlage zu vertreten, oder aber auf sein Amt zu verzichten.

Dieser wilhelminische Zornesausbruch war die Folge der Ablehnung einer Forderung von 5 Millionen für den Bau einer Eisenbahnlinie in Südwestafrika, die von der Regierung im Hinblick auf den damals noch nicht ganz beendeten Krieg gegen die Hereros und Hottentotten als „besonders wichtig und dringend“ bezeichnet wurde. Da die „feindliche Armee“ damals aber nur noch aus ein paar hundert Wägen bestand, der Bahnbau aber nach dem Vorkriegszustand wenigstens zwei Jahre gedauert hätte, so wäre der Krieg längst beendet gewesen, wenn der erste Eisenbahnzug mit den „dringend notwendigen Verstärkungen an Truppen und Kriegsmaterial“ durch den afrikanischen Busch gefahren wäre. Daher wurde die Regierungsvorlage von allen Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt; die ablehnende Haltung des Zentrums wurde vom Abgeordneten Spahn begründet.

Darauf erging nun das folgende Schreiben Wilhelms an Bessler, in dessen Eingang „der oberste Kriegsherr“ sich „die unversämten Eingriffe des Zentrums in meine Kommandogewalt“ verbittet, und, um alle Verläumdungen ein für allemal auszuschließen, erläuternd beifügt, daß im Kriege er zu befehlen habe und „nicht der Herr Spahn“.

Dann geht es weiter:

„Das Benehmen Spahns gegenüber der Armee, die er durch seine unerbörten Reden tief verletzt hat, veranlaßt Mich, Sie zu beauftragen, den p. Spahn zum Rapport zu bestellen. Sie haben ihm klar zu machen, daß er ein königlich preussischer Beamter ist, und als solcher nicht die Befugnis hat, irgendwelche beleidigenden Äußerungen über die Armee zu machen, besonders nicht über solche Truppenteile, die sich im Kriegszustand und vor dem Feinde befinden. Solche Äußerungen treffen zugleich seinen König als obersten Kriegsherrn mit. Falls der p. Spahn sich damit herauszureden suchen sollte, daß er nicht nur Beamter, sondern auch Parlamentarier und zugleich Führer der größten Partei des Reichstags sei, so haben Sie ihm klar zu machen, daß es besser ist, sich künftighin nur seiner Partei zu widmen, wenn er in Fragen, wie der gegenwärtigen, wo er zwischen dem Beamten des Königs von Preußen und dem Führer des Zentrums zu wählen hat, stets für letzteres optiert. Seiner Lust zu Anspielungen braucht er dann keine Fingel mehr anzulegen. Sollte er aber Wert auf seine Beamtenstellung legen, so müsse er seine Zunge demgemäß im Zaume halten.“

So hat Wilhelm II. die richterliche Unabhängigkeit und die Rechte der Beamten verstanden!

Gegen den „Kaiserlichen Jagtclub“.

Verfügung des preussischen Kultusministers.

Der preussische Kultusminister hat an die ihm nachgeordneten Behörden folgende Verfügung erlassen:

„Der Herr Reichswehrminister hat mit Rücksicht darauf, daß der „Kaiserliche Jagtclub zu Kiel“ noch immer die Bezeichnung „Kaiserlich“ führt, Bestimmung genommen, den Offizieren und Beamten seines Geschäftsbereichs den Austritt aus dem genannten Club nahezu legen. Ehe ich für den Bereich der Verwaltung meines Ministeriums eine Entscheidung treffen, erlaube ich, mir binnen 14 Tagen zu berichten, ob und gegebenenfalls welche Beamten Mitglieder des genannten Clubs sind. Besondere Anzeige ist erforderlich.“

Das Reichskabinett wird sich zu Beginn der kommenden Woche mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen befassen. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Hauser, ist zu diesem Zweck bereits in Berlin eingetroffen. Man hofft, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden können und wesentlich schneller fortzuschreiten als es unter der Bürgerblockregierung der Fall war.

Geringe Aussichten für eine Koalitionsregierung in Bayern. Die politische Lage in Bayern wurde am Freitag in politischen Kreisen und in der Presse allgemein als sehr ernst beurteilt. Auf allen Seiten wird die Möglichkeit des Wiederankommens der bisherigen Koalition als sehr zweifelhaft bezeichnet.

Venezuela hat das neue griechische Kabinett bekränzt. Die Regierung ist vereidigt. Kammer und Senat dürfen aufgestellt werden. Der Wahlkampf wird außerordentlich heftig werden.

Belgien und die Räumung.

Energische Forderung Vanderveldes in der Kammer.

Brüssel, 6. Juli. (Eigenbericht.)

In der Kammer hielt Außenminister Hymans ein ausführliches Referat namentlich über die belgisch-holländischen Beziehungen und besprach dann u. a. die Reparationsfrage und den Kellogg'schen Antikriegspakt. Er wies dabei auf die Regierungserklärung Hermann Müllers hin, die den Wunsch nach Regelung der Reparationsfragen enthalte. Die Reparationsverpflichtungen Belgiens betragen gegenwärtig noch Abzug der von Belgien zu zahlenden Kriegsschuld jährlich 18 Millionen Dollar. Dieser Ueberschussbetrag werde sich in einigen Jahren bis auf 28 Millionen erhöhen, um sich dann von 1933/36 an bis auf 17 Millionen Dollar zu vermindern. Belgien hoffe, daß dieser Betrag bei einer Neuregelung nicht noch weiter vermindert werde. Hymans wiederholte dann die Forderung Belgiens nach Einführung der deutschen Besatzungspapiermarken. Ueber den Kellogg'schen Antikriegspakt sprach er sich günstig aus, jedoch ohne besondere Begeisterung.

Dem Außenminister folgte Genosse Vandervelde mit einer ausgezeichneten Rede, die fast auf allen Bänken der Kammer Zustimmung und zum Schluß lang anhaltenden Beifall fand. Auch er begrüßte den Kellogg'schen Pakt, der eine neue feierliche Verpflichtung bringe, einen Krieg nicht mehr zu führen, spitzte aber dabei seine über gewisse Vorbehalte der Großmächte, die in einer Intervention in Nicaragua oder einer Bombardierung Kantsing seinen Krieg setzen wollten. Vandervelde erklärte dann, daß er über die Rheinlandräumung offen sprechen wolle, selbst auf die Gefahr hin, mißliebige Auffassungen entgegenzutreten zu müssen. „Ich bin überzeugt davon“, so führte er aus, „daß die Fragen der Reparation und der Rheinlandbesetzung wieder aktuell werden. Die Reparationsfrage kann nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten geregelt werden, dann sonst könnte es sich leicht ereignen, daß die Militärs mehr an Amerika zu zahlen hätten als sie von Deutschland erhalten. Amerika muß deshalb an einer Revision des Dawes-Plans mitwirken.“

Ich bin stets ein Gegner der militärischen Besetzung des Rheinlands gewesen. Die Besetzung ist für uns wertlos,

sowohl vom Standpunkt unserer Sicherheit wie dem der Reparationszahlungen. Wenn Deutschland rüsten will, dann kann es das geheim jenseits des Rheins tun. Außerdem muß das Rheinland 1933 auf alle Fälle geräumt werden. Glauben Sie, daß Deutschland darum seinen freiwilligen Verpflichtungen nachkommt, weil alliierte Truppen im Rheinland stehen? Dazu hat es andere Gründe, z. B. die Aufrechterhaltung seines Kredits. Haben die Vereinigten Staaten etwa Truppen nach Belgien oder Frankreich geschickt, um die Regelung unserer Schulden zu sichern? Die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung hat die Vermehrung der Rüstungen in Europa und besonders in Belgien zur Folge. (Außenminister Hymans schüttel verneinend den Kopf.) Ich sehe“, fuhr Vandervelde fort, „der Herr Minister bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptung, aber ich bezweifle mich auf den

Generalkommissar General Gallet, der in der Militärkommission erklärte, die Rheinlandbesetzung verleihe Hoffnungen im deutschen Volke, denen Belgien durch verstärkte Rüstungen begegnen müsse.“

Gallet hat recht. Die Besetzung zwingt uns zur Verstärkung unserer Heeres, aber richtiger wäre es, dieser Besetzung ein Ende zu machen und eine entschlossene Politik der Rüstungsverminderung zu betreiben.

Es stimmt freilich, daß die Räumung nicht von Belgien allein abhängt und daß man für ihr Aufgeben vielfach als Gegenleistung erhöhte Sicherheitsgarantien, wie z. B. Verlangung der Kontrolle der entmilitarisierten Zonen, verlangt. Was mit tun könnten und was eine wenig kostspielige und sehr nützliche

Seite wäre, ist, die zweite Rheinlandzone nicht erst 1930, wie der Vertrag vorsieht, zu räumen, sondern schon Ende 1928.

Vor einigen Wochen waren in Deutschland nach die Deutschnationalen, die von der Repanche träumen, an der Macht. Damals sagte man uns, wir könnten dieser Leute wegen nicht diese Gesetze der Annäherung machen.

Heute sind die Deutschnationalen nicht mehr in der Regierung, ihre Pläne nehmen Männer von unzweifelhaft gutem Willen ein, die uns erklären, daß die Deutsche Republik unerschütterlich besteht und daß ihr Friedenswille unbedingt ist.

Ist dies nicht der gegebene Augenblick, um diese Gesetze zu tun? Sei es, daß der Einfluß Belgiens nicht entscheidend ist, aber unser guter oder böser Wille kann dennoch einen wesentlichen Einfluß ausüben. Wir können nicht vergessen, was wir durch den deutschen Einfluß gelitten haben, aber es gibt zweierlei Methoden, sich zu erinnern. Die eine treibt uns dazu, alles zu tun, um die Wiederkehr solcher Schrecken zu vermeiden, die andere sucht nur Argumente zur Berewigung des Hasses. Mancherlei Vorgänge könnten im Ausland den Eindruck erwecken, als ob das belgische Volk gegen die Annäherung sei. Diejenigen, die uns lehren, wissen aber, daß das nicht richtig ist und daß bei uns zahlreiche Kräfte für Frieden und Annäherung wirken, neben den Arbeitern die Geschäftswelt, die starke Interessen an Deutschland hat.“

„Temps“ über die Reichstagsdebatte.

Ein „Wendepunkt“ mit Vorbehalten.

Paris, 6. Juli. (Eigenbericht.)

In seinem Kommentar zum Abschluß der Reichstagsdebatte erklärt der „Temps“ am Freitagabend, es sei offensichtlich, daß die Sozialdemokraten alle Anstrengungen machten, um in der Regierung etwas Positives zu schaffen. Abgesehen davon ist das Blatt der Ansicht, daß das Kabinett einen ausgesprochen homogenen Charakter trage und die Auswahl seiner Persönlichkeiten mit viel Geschick erfolgt sei. Schon bei der Abstimmung über die Billigungserklärung habe sich klar die Große Koalition herausgeschält, und zweifellos würden im Herbst Verhandlungen stattfinden, um sie endgültig zu konsolidieren. Man werde die Deutsche Volkspartei durch eine Umbildung der preussischen Regierung und das Zentrum durch Herinnahme Wirths in das Kabinett beibringen. Im ganzen müsse festgestellt werden, daß der Kanzler Müller sehr geschickt operiere.

Am Schluß seiner Betrachtung schreibt das Blatt, man könne vielleicht von einem Wendepunkt in der Geschichte des Reiches sprechen. Das genüge freilich, um eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Aber, so fährt der „Temps“ fort, es scheint, daß noch andere Dinge geschehen müssen, um das allgemeine Vertrauen zu festigen und die europäische Ordnung endgültig zu konsolidieren. Das Blatt spielt mit diesen Bemerkungen insbesondere auf die Sicherheitsfrage im Osten an und hebt aus Müllers Rede hervor, daß dieser jede Einmischung dritter Mächte in eine Erörterung über die Rheinlandräumung abgelehnt habe. Das bedeutet, legt das Blatt, eine indirekte Antwort auf die kürzlich abgegebenen Erklärungen des polnischen Außenministers Jozefski über das Interesse, das Polen mit Rücksicht auf seine Sicherheit an dieser Frage habe. Außerdem müsse auch den Erklärungen des Kanzlers über die Frage eines Ost-Blocarno entgegengehalten werden, daß eine unter sozialdemokratischem Einfluß stehende Volksregierung ebensowenig wie eine Zentrums- oder Rechtsregierung dazu bereit sein wird, Polen für die Aufrechterhaltung der in den Verträgen festgesetzten Grenzen über die in den Locarno-Verträgen enthaltenen Garantien hinaus Zulogierungen zu geben.

Justizverwaltung durch das Reich.

Ein Antrag von Mecklenburg-Schwerin.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, ist die Frage der Uebernahme von Justizverwaltungen der Länder auf das Reich jetzt akut geworden durch einen Antrag, den die Regierung von Mecklenburg-Schwerin gestellt hat, und der die Reichsregierung ersucht, die Justizverwaltung von Mecklenburg-Schwerin zu übernehmen. Innerhalb der beteiligten Ministerien haben bereits Besprechungen über dieses Ersuchen stattgefunden. Im übrigen wird die Entscheidung über diesen Antrag das neue Kabinett zu fällen haben. Zu der Art der Uebernahme sind von Mecklenburg-Schwerin besondere Vorschläge nicht gemacht worden. Mitbestimmend für das Vorgehen dieses Landes ist zweifellos die Kostenfrage gewesen. Die Justizverwaltung von Mecklenburg-Schwerin erfordert bei drei Landgerichten und 42 Amtsgerichten einen Jahreszuschuß von 3,8 Millionen Mark. Abgesehen von der Tatsache, daß die Vereinheitlichungsbestrebungen durch diesen Antrag gefördert werden und einen starken Aufschwung erhalten, könnte es für die Reichsjustizverwaltung nur zweckmäßig sein, auf diese Weise Anregungen aus der Praxis zu erhalten.

Die Uebernahme der Justizverwaltung von Mecklenburg-Schwerin auf das Reich erfordert die Lösung einer Reihe von juristischen Problemen. U. a. ist für diese Uebernahme ein verfassungsänderndes Gesetz nötig, denn im Artikel 103 heißt es, daß die ordentliche Gerichtsbarkeit durch das Reichsgericht und durch die Gerichte der Länder ausgeübt wird. Dieser Verfassungsartikel müßte also durch einen Zusatzkontrag ergänzt werden.

Ein neuer Bädererlaß.

Berichterstattung über die Erfahrungen beim Flogenschuß.

Ähnlich wird mitgeteilt:

Der preussische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeibehörden der Regierungsbezirke Königsberg, Marienwerder, Stettin, Köslin, Stollund, Schleswig, Kurich und Stode einen Erlaß gerichtet, in dem er seinen Erlaß vom 5. August über den Schuß der Reichsfaschen in den Seehäusern besonders in Erinnerung bringt. Der Minister betont, daß auch in diesem Jahre alle geeigneten Maßnahmen zur unbedingten Sicherstellung des Schusses der Reichsfaschen, insbesondere durch Einlass der erforderlichen Zahl von Polizeibeamten, zu treffen sind. Die nachgeordneten Behörden haben die Beamten im Sinne des genannten Erlasses erneut

zu belehren. Der Minister ersucht zum Schluß des Erlasses, ihm über die im Laufe des Sommers gesammelten Erfahrungen, unbeschadet sofortiger Berichterstattung in wichtigen Einzelfällen, zum 1. Oktober d. J. zu berichten.

Heraus aus der KPD!

Das Urteil eines Befehligen.

Wieder hat ein in der Gewerkschaftsbewegung verdienstvoller Genosse der KPD, den Räden gelehrt, bereits 33 Jahre gehörte Genosse Hindemirch-Chemnitz der Sozialdemokratischen Partei an, als er im Jahre 1924 zur KPD übertrat. Am 30. Juni 1928 suchte er in einem Schreiben an den Zentralvorstand der SPD, des 16. Chemnitzer Unterbezirks um seine Wiederaufnahme nach. Für sein freiwilliges Ausscheiden aus der kommunistischen Partei führte Genosse Hindemirch folgendes an:

„1. Nicht einverstanden bin ich mit der Taktik der KPD gegen die Gewerkschaften.“

Die Beschimpfung und Verleumdung aller Gewerkschaftsinstanzen und Gewerkschaftsführer.

Die Verächtlichmachung und Besudelungen der gewerkschaftlichen Veranstaltungen usw.

Die Taktik der KPD-Funktionäre als Gewerkschaftsfunktionäre im Graphischen Hilfsarbeiterverband.

2. Der ruchlose Mord in Glauhau am Abend der Reichstagswahl an dem Genossen Paris. Die Einstellung der KPD im Kampf zu diesem Mord; dem ruchlosen Mord an einem Genossen, der stets bemüht war, alles in ruhiger, sachlicher und versöhnlicher Art und Weise zu regeln.

3. Das Verhalten der KPD-Fraktion im Reichstag bei der Präsidentenwahl. Gar nicht davon zu reden, wie der Kampf während der Wahlbewegung geführt worden ist.“

Der Zentralverband des Unterbezirks der SPD hat einstimmig beschlossen, dem Ersuchen des Genossen Hindemirch um Wiederaufnahme in die Sozialdemokratische Partei zu entsprechen.

Raditsch lehnt ab.

Die südslawische Regierungstrife.

Belgrad, 6. Juli.

Anfolge der Weigerung Stefan Raditschs, die Bildung einer Konzentrationsregierung anzunehmen, wurden die Empfindungen beim König fortgesetzt, der nachher den Präsidenten der Stupitsina, den Vizepräsidenten der radikalen Partei Danilowitsch und später den Chef der demokratischen Fraktion, Dawidowitsch, empfing.

Mal herhören, Leute!

Generalleutnant a. D. von Cramon redet.

Es läßt sich nur bildlich wiedergeben. Man stelle sich vor: einen Rasenplatz, dargestellt durch die Leitartikelspalte der „Deutschen Zeitung“. Das nationale Vespublikum ist in zwei Gliedern aufmarschiert und befindet sich im „Stillgestanden“. Der Generalleutnant a. D. von Cramon, rotwangig und wohlgenährt von republikanischer Pension, sprengt herein, pariert kurz den Gaul und beginnt einen Leitartikel über Monarchie zu schnarren, während sein Monatel die vorschrittsmäßige Siegeszuversicht blüht. Rezept der Darlegung ist aus der „großen Zeit“ des Weltkrieges übernommen. „Das Eingreifen der Amerikaner beweist, daß unsere Feinde mit ihrer Kraft zu Ende sind.“ — „Der Zusammenbruch unserer Bundesgenossen verbessert die Position Deutschlands erheblich.“ — „Nach der bewährten Methode auch hier:

„Die Frage, ob Monarchie oder Republik die für unser Vaterland geeignetere Staatsform ist, wird neuerdings wieder öfter behandelt. Es beweist dies, daß der monarchische Gedanke nicht tot ist.“

Bravo! Der Fall Lumbach ist selbstverständlich nichts als ein Beweis für die rapide Ausbreitung der monarchischen Idee. General v. Cramon spürt sie sogar „unter der Nase glimmen“. — Wie pflegte eine echte Kriegssprecher weiter zu gehen? — Erwa so: „Schönlicher Wunsch aller Frontsoldaten ist, daß der Krieg mindestens noch drei Jahre dauere.“ Genau so geht! Wer kennt die Stimmung der Bevölkerung? — Nur der General Cramon:

„Man kann in allen Kreisen der Bevölkerung, mit Ausnahme der Kommunisten, den sehnlichsten Wunsch nach Wiederherstellung der alten Zeit hören, und ich habe bei meinem letzten Aufenthalt in Schlesien, wo ich für die Gelegenheit hatte, mich viel unter die Landbevölkerung zu mischen, überall die Frage gehört: „Wann kommt die Monarchie wieder?“

Allerdings — Die Schiesler sind etwas unbeholfene Leute. Sie können ihre Gefühle nicht so recht ausdrücken und haben am 20. Mai ihre Frage dadurch beantwortet, daß sie rund 120 000 sozialdemokratische Stimmzettel nicht, dagegen rund 110 000 deutschnationale Stimmzettel weniger gegen das vorige Mal abgaben. Doch was sagt das General Cramon an? Auch von den Berlinern weiß er, daß sie durchweg überzeugte Monarchisten sind. Nur:

„Wenn Sie dies nicht offen auszusprechen wagen, so sagt dies davon, daß Sie den Bonkoff fürchten, der über Sie verhängt werden könnte; teils davon, daß Sie sich vor der Vergeltung durch die preußische Regierung scheuen.“

Diese gräßliche Angst scheint die tapferen Berliner Monarchisten bis in die Wahlzellen zu verfolgen. Doch, Gottlob, der General Cramon ist auf diesen fragwürdigen Habermut nicht angewiesen. Denn die Wiederkehr der Monarchie ist so sicher, wie der Endsieg im Weltkrieg es war:

„Man hat so oft gesagt, daß Deutschland noch lange nicht tief genug gesunken sei, um zu gelunden! Nun, dann sind wir auf dem besten Wege hierzu, denn je mehr wir weiter hinunter gehen, um so mehr.“

Anorke, alter Haudogen, Anorke! Der Weltkrieg wurde ja auch genannt, als er nicht mehr weiter hinunter ging. Allerdings von den anderen — aber was tut das schon? In der deutschen Zukunft werden ja auch nicht die Anhänger Cramonscher Generalsphrasen die Sieger sein.

Um das bayerische Wahlrecht.

Eine demokratische Interpellation im Reichstag.

Die Reichstagsfraktionen der Demokraten und der Wirtschaftspartei haben gemeinsam folgende Interpellation eingebracht:

Der Bayerische Landtag hat das bayerische Wahlgesetz geändert und Bestimmungen in Kraft gesetzt, die den in der Reichsverfassung festgelegten Grundsätzen der Verhältniswahl ebenso wie denen der gleichen und direkten Wahl widersprechen. Dem Grundsatz der gleichen Wahl widerspricht die Höhe der Verteilungszahl; nach dem bayerischen Wahlgesetz wird eine Partei, selbst wenn sie mehr als 100 000 Stimmen, d. h. etwa 3 Proz. der Gesamtzahl erhalten hat, aus dem Landtag ausgeschlossen, falls sie nicht in einem der sehr kleinen Wahlkreise einen sehr hohen Quotienten erreicht. Infolge dieses Verfahrens blieben 108 794 demokratische Stimmen und 103 000 Stimmen der Wirtschaftspartei, die am 20. Mai in Bayern abgegeben wurden, unberücksichtigt, während dieselbe Stimmzahl genügt hat, um der Deutschen Demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei für den Reichstag ein Mandat zu verschaffen und während die Deutsche Volkspartei mit 100 518 Stimmen vier Landtagsmandate erhielt.

Den Grundsätzen der gleichen und direkten Wahl widerspricht die Bestimmung des bayerischen Landtagswahlgesetzes, daß nachträglich von den Parteileitungen einiger Parteien 15 Abgeordnete ernannt werden können. Eine solche nachträgliche Ernennung von Abgeordneten, deren Namen den Wählern vor der Wahl nicht, wie es im Reich auf der Reichsliste geschieht, an sichtbarer Stelle und in bestimmter Reihenfolge genannt worden waren und mit deren eventueller Wahl sie sich deshalb durch ihren Stimmzettel gar nicht einverstanden erklären konnten, ist eine indirekte Wahl und mit den Grundsätzen der Reichsverfassung nicht vereinbar. Bei dieser Ernennung handelt es sich zudem nicht um eine gleichmäßige Berechnung der Reststimmen, sondern um eine Zuteilung von Mandaten an einige große Gruppen ohne jede Mitwirkung von Wählern. Bei dieser Zuteilung werden die Mandate verrechnet, die rechtmäßigerweise den durch die anderen verfassungsmäßigen Bestimmungen ihrer Mandate berechneten Parteien hätten zukommen müssen.

Gegen die Rechtsgültigkeit des bayerischen Landeswahlgesetzes hat der Landesverband Bayern der Deutschen Demokratischen Partei bereits am 18. Februar 1928 Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angebracht. Zwei Monate später, am 26. April 1928, hat der Bayerische Landtag mit rückwirkender Kraft den bayerischen Staatsgerichtshof für diese Klage allein zuständig erklärt. Dieses Gesetz widerspricht gleichfalls allen Grundsätzen des öffentlichen Rechts. Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um die treffen Rechtsbrüche, die durch die Beschlüsse des Bayerischen Landtags begangen sind, abzustellen und den Vorschriften der Reichsverfassung auch hinsichtlich des bayerischen Wahlgesetzes Geltung zu verschaffen?

Immunität, die sich lohnt. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick hat beantragt, die Strafverfahren gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels aufzuheben. Es handelt sich hier um ein Hochverratsverfahren, um ein weiteres Verfahren, in dem ein Urteil schon ergangen ist und um ein Dutzend Verleumdungsakten.

Der altägyptische Ortsname Kausen ist von der italienischen Fremd- und Gewalt Herrschaft längst verboten. Jetzt mußte sogar von dem alten Dürer-Denkmal die Inschrift entfernt werden, daß der Meister von diesem Punkt aus Kausen gezeichnet hat!

Elf Todesurteile im Schachtin-Prozess.



„Und nun, deutscher Towaritsch, nachdem du unsere unbeugsame Härte bewunderst, fahre nach Deutschland zurück und verbreite dort Flugblätter gegen die Grausamkeit der Sozialdemokraten, die in der Amnestierung der Kommunisten nicht weit genug gehen!“

Die Reichsreform.

Preußen für schnellen Fortgang der Arbeiten im Reichsreformausschuß.

Am 4. Mai betraute der von den Regierungen des Reiches und der Länder eingesetzte „Reichsreformausschuß“ unter Zurückweisung solcher Vorschläge, die keine Aufgabe auf Nebenfragen ablenken wollten, eine Anzahl seiner Mitglieder mit der Vorbereitung der Arbeiten des Ausschusses für die Zeit nach den Wahlen. Mit dem 30. Juni lief die für diese Vorbereitungsarbeiten gesetzte Frist ab. In der Presse ist vielfach kritisiert worden, daß nur Material zusammengestellt werde, aber nichts zur Vorbereitung einer fruchtbaren Verhandlung über die Lösung des Problems gelte.

Hierzu leit der Amtliche Preussische Pressedienst mit, daß auch die preussische Regierung eine bloße Zusammentragung von Material über die erörterte Schwierigkeit nicht für ausreichend erachtet. Sie stellt jedoch gegenüber den angeführten Pressäußerungen fest, daß das von Preußen entfaltete Mühe, Ministerialdirektor Dr. Brecht, neben einem systematischen Beitrag zur Materialsammlung rechtzeitig auch eine ausführliche Denkschrift als geschichtliche Beratungsunterlage vorgelegt hat. In dieser Denkschrift wird das Gesamtproblem der Reichsreform mit Rücksicht auf seinen Umfang in geschichtlicher Hinsicht in abtrennbare Sonderfragen und in untrennbar verflochtene Fragen zerlegt. Für die abtrennbaren Sonder-

fragen (Beseitigung der Enklaven, Verhinderung der kleinen Länder mit größeren, Veränderung der Landesgrenzen, scharfere Abgrenzung der bestehenden Zuständigkeiten, Angleichung der Verwaltungsbezirke, des Verwaltungsaufbaus und Verwaltungsrechts, Veränderung der Struktur der Landesregierung und der Landtage usw.) wird die Einsetzung von Unterausschüssen vorgeschlagen, während die miteinander verflochtenen Hauptfragen (andere Teilung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern, Verbindung von Reichs- und Landesverwaltung in der Mittelstufe, Verhinderung der Zentralverwaltung von Reich und Preußen, Freistellung Zentrallandtag, Reichsrat, Sicherung der betroffenen Beamten) vom Ausschuss einheitlich erörtert werden sollen. Hierfür werden zugleich bestimmte sachliche Vorschläge vorgelegt, die zunächst nur als sachtechnische Beratungsgrundlage und ohne Bindung für den Referenten oder seine Regierung ausgearbeitet sind, aber den tatsächlichen und politischen Schwierigkeiten weitgehend Rechnung zu tragen suchen.

Die preussische Regierung hofft, daß unter Führung der neuen Reichsregierung der gesamte Ausschuss den schnellen Fortgang der Arbeiten unterstützen wird, damit möglichst bald Klargestellt wird, ob auf dem eingeschlagenen Wege fruchtbar gearbeitet werden kann.

Abbau der Handelszölle.

Genfer Konferenzbeschlüsse.

Genf, 6. Juli. (Eigenbericht.)

Auf der Konferenz gegen die Ein- und Ausfuhrverbote ist eine Einigung über den Zeitpunkt des Inkrafttretens sowohl der allgemeinen Konvention gegen die Ein- und Ausfuhrverbote wie des Abkommens über den internationalen Verkehr von Häuten und Knochen zustande gekommen. Die besondere Kommission für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote für Häute und Knochen legte der Konferenz ein von achtzehn Staaten, darunter Deutschland und alle namhaften europäischen Staaten unterzeichnetes Abkommen vor, das alle Ein- und Ausfuhrverbote von Häuten und Knochen mit wenigen Ausnahmen aufhebt. Die Konferenz bestimmt, daß dieses Abkommen bis zum 1. Juli 1929 ratifiziert werden solle, so daß es am 1. Oktober in Kraft treten könne.

Das allgemeine Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote soll in Kraft treten, wenn es von mindestens achtzehn Staaten, und zwar bis zum 30. September 1929 ratifiziert worden ist. Es soll dann am 1. Januar 1930 vertrieben werden. Unter den achtzehn Staaten müssen die Hauptwirtschaftsländer sein. Die Ratifikation durch die Vereinigten Staaten soll nicht notwendig sein, wenn sie als einzige an einem festgelegten Datum fehlt. Mit dem Hinausschieben des Inkrafttretens der Konvention bis zum Januar 1930 erreicht man, daß eine Anzahl zeitweiliger Ein- und Ausfuhrverbote, darunter das tschechische Einfuhrverbot für Automobile, Wein und lebendes Vieh, vorher erlöschen, da sie bis 1930 befristet sind.

Militärgewalt gegen Gerichtsbarkeit.

Litauischer Ausnahmezustand gegen Memeler Strafgericht.

Der Gerichtskonflikt in Memel beruht auf einem Kompetenzstreit zwischen den ordentlichen Gerichten des Memelgebietes und den litauischen Militärgerichten, welche für sich die Zuständigkeit zur Aburteilung gewisser Delikte auf Grund des Ausnahmezustandes in Anspruch genommen haben. Auf Befehl des „Kriegskommandanten“ sind Akten und Gerichtsgefängnisse durch litauische Militär trotz Widerspruch der hiesigen Richter und des Oberstaatsanwaltes aus dem Memeler Gerichtsgebäude gewaltsam entfernt worden. Die Angelegenheit hat im memelländischen Landtag bereits eine Rolle gespielt, doch wurde die eingehende Wiedergabe dieser Verhandlungen den memelländischen Wählern durch die Zensur unmöglich gemacht. Die litauische Regierung ist zum Zwecke eines Ausgleichs mit den zuständigen Stellen des Memelgebietes in Verhandlungen eingetreten über eine Abänderung bzw. Ergänzung der Bestimmungen über den Ausnahmezustand und zwar im Wege der litauischen und der memelländischen Gesetzgebung. Das Ergebnis der Verhandlungen bleibt abzuwarten, unter Umständen wird die Frage den Völkerbundrat beschäftigen müssen. Die Tatsache aber, daß die litauische Regierung die Richter und die Reformbedürftigkeit der

Bestimmungen über den Kriegszustand hinsichtlich des Memelgebietes selbst anerkannt hat, besagt zur Genüge, daß die gewaltsame Beseitigung des Konfliktes durch den Kriegskommandanten durch nichts gerechtfertigt war.

Seipels Lohn — Faschistenhohn.

Der Dank für den Kollon.

Bozen, 6. Juli.

Der Faschistankommissar Girotto hat eine Erklärung über die italienisch-österreichischen Verhandlungen betreffend Südtirol, in der er sagt, daß diese Verhandlungen einen durchschlagenden Erfolg der klaren Politik Mussolinis darstellten. Italien habe gerade in der letzten Zeit weitere Fortschritte in der moralischen (!) und rechtlichen (!) Durchdringung der Provinz Bozen gemacht. Der einzige wunde Punkt sei die kulturelle Frage. Man könne auf diesem Gebiet gegenüber dem Vangelismus nicht genug auf der Hut sein.

Wie diese „Moral und Rechtlichkeit“ aussieht, zeigt u. a. folgende Nachricht: Der altägyptische Ortsname Kausen ist von der italienischen Fremd- und Gewalt Herrschaft längst verboten. Jetzt mußte sogar von dem alten Dürer-Denkmal die Inschrift entfernt werden, daß der Meister von diesem Punkt aus Kausen gezeichnet hat!

Die Sozialdemokratische Nationalratsfraktion hat eine sehr scharfe Interpellation wegen der Abmachungen Seipel-Mussolini eingebracht, um den Bundeskanzler zum Reden zu bringen.

Indien im Steuerstreit.

Gegen die britische Herrschaft.

London, 6. Juli.

Der seit über vier Wochen in Bengalen geführte Steuerstreit der Bardoli — eines der bedeutendsten bengalischen Stämme — hat bedauerlichen Umfang angenommen. Die anglo-indischen Beamten in den mehr als 100 vom Steuerstreit betroffenen Ortschaften sind bereits hinsichtlich ihrer Versorgung mit Lebensmitteln, die teilweise als Steuerleistung verrechnet werden, völlig auf den guten Willen der Streikführer angewiesen und können jederzeit vor der Notwendigkeit stehen, ihre Posten verlassen zu müssen, was ihre ohnehin stark erschütterte Stellung völlig untergraben würde. Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß die Bewegung neuerdings auch auf den Stamm der Sikhs übergreift.

In Telling wird gegen die Erhebung Kantings zur Hauptstadt protestiert. Die deutsche Mission in Gelandischtschortiel (Transkaspian) ist militärisch geschlossen und auszurüsten worden, weil sie angeblich auch der Gegenregierung in Rutben gedient hat; für den verstorbenen Tschangtschou ist jetzt sein Sohn Tschangtschou Marschall und Diktator. Der Innenminister in Kanton hat allen, die noch nicht 20 Jahre alt sind, das Rauchen und das Alkoholkonsumieren bei Strafe verboten.

Schiedspruch für die Metallindustrie.

Die Metallarbeiter haben das letzte Wort.

Gestern nachmittag ist nach wiederum neunstündiger Beratung für die Berliner Metallindustrie folgender Schiedspruch gefällt worden:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Für die Entlohnung der Arbeiter gelten Mindestlohnsätze, die im Lohnabkommen vereinbart werden. Die Mindestlohnätze der Arbeiter betragen 70 Proz. der für Arbeiter vereinbarten.

1. Mindestlohnätze richten sich nach der Art der verrichteten Arbeiten. Diese werden unterschieden nach Facharbeiten, angelernten Arbeiten, sonstigen Arbeiten. Facharbeiten sind solche, zu deren Verrichtung normalerweise eine Ausbildung in einem Facharbeiterberuf in vier- oder mindestens dreijähriger Lehrzeit erforderlich ist, die dem Arbeiter die Fähigkeit gegeben hat, Arbeiten seines Berufes selbstständig und sachgemäß nach Zeichnungen oder Mustern auszuführen. Die Arbeiten werden demnach in der Regel von in ordnungsgemäßer Lehrzeit ausgebildeten Facharbeitern verrichtet, in Ausnahmefällen von solchen Arbeitern, die in langjähriger Werkstatttätigkeit dieselben vielseitigen Fertigkeiten erworben haben. Angelernte Tätigkeiten sind solche, deren Ausführungen eine planmäßige Anlernung erfordert. Sonstige Arbeiten sind solche, die nach kurzen Anweisungen ausgeführt werden, auch wenn es sich um wechselnde Arbeiten handelt.

2. Die hiernach unterschiedenen Arbeiten werden wie folgt in Klassen eingeteilt: Klasse a) Hochqualifizierte Facharbeiten, Klasse b) Normale Facharbeiten, Klasse c) Einfache Facharbeiten und angelernte Tätigkeiten, Klasse d) Einfache angelernte Tätigkeiten und sonstige Arbeiten. Für jede dieser Klassen wird ein Mindestlohnatz festgelegt.

II. Berufsgruppen und Klasseneinteilung.

Gemäß den unter a) I aufgestellten Grundätzen werden die Arbeiten auf vier Lohnklassen verteilt. Die Einteilung ist unter ausschließlicher Bewertung der tatsächlich zu verrichtenden Arbeiten erfolgt, die Ausübung des die betreffende Arbeit verrichtenden Arbeiters ist auf die Einteilung ohne Einfluß. Die Einordnung des einzelnen Arbeiters erfolgt nach der normalen Tätigkeit. Vorübergehende Beschäftigung mit geringwertigen Arbeiten darf nicht zu einer für die tiefere Lohnklasse maßgebenden Bewertung führen. Falls innerhalb der Berliner Metallindustrie noch Arbeiten vorkommen sollten, die in nachstehende Gruppeneinteilung nicht aufgenommen sind, verpflichten sich die Vertragsparteien, eine nachträgliche Einordnung in die Klasseneinteilung vorzunehmen.

Das Berufsgruppenverzeichnis mit den 44 Berufsgruppen des Tarifvertrages vom 4. Mai 1921 sowie der Anlage a) — Arbeiten in der Glühlampenindustrie — wird unter Berücksichtigung der nachstehenden Anmerkung wieder in Kraft gesetzt.

Anmerkung: Für die Einteilung der Arbeiten in die vier Lohnklassen gelten folgende Grundätze: In der Lohnklasse a) hochqualifizierte Facharbeiten kommen die Arbeiten der früheren Lohnklasse I des Tarifvertrages vom 4. Mai 1921. In Lohnklasse b) normale Facharbeiten kommen die Arbeiten der früheren Klasse II. In Lohnklasse c) einfache Facharbeiten und angelernte Tätigkeiten sollen die Arbeiten der früheren Klasse III eingerechnet werden, sowie die Arbeiten in der Glühlampenindustrie in der Gruppe I. In Lohnklasse d) einfache angelernte Tätigkeiten und sonstige Arbeiten die in den früheren Klassen IV und V aufgeführten Arbeiten sowie die Arbeiten in der Glühlampenindustrie in der Gruppe II.

B. Löhne.

I. Arbeiter über 21 Jahre Lohnklasse a) Mindestlohn 1,06 M., Lohnklasse b) Mindestlohn 0,95 M., Lohnklasse c) Mindestlohn 0,85 M., Lohnklasse d) Mindestlohn 0,80 M.

II. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren: Lohnklasse a) Mindestlohn 0,90 M., Lohnklasse b) Mindestlohn 0,81 M., Lohnklasse c) Mindestlohn 0,72 M., Lohnklasse d) Mindestlohn 0,69 M.

III. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren: 14 bis 15 Jahre Mindestlohn 0,81 M., 15 bis 16 Jahre Mindestlohn 0,68 M., 16 bis 17 Jahre Mindestlohn 0,45 M., 17 bis 18 Jahre Mindestlohn 0,53 M.

Jugendliche Arbeiterinnen 0,31 M., 0,35 M., 0,42 M., 0,48 M.

Die Festsetzung der Akkordpreise hat derart zu erfolgen, daß einem Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit unter normalen Bedingungen die Möglichkeit gegeben wird, einen Durchschnitts-Stundenverdienst zu erzielen, der 15 Proz. über dem Mindestlohn der Lohnklasse liegt, in die die auszuführende Arbeit gehört.

Unter der Voraussetzung, daß der vorliegende Schiedspruch zum Vertrage wird, ist im Abschnitt IX des Rahmentarifes die Ziffer 6 zu streichen.

Dieser Vertrag tritt am 30. Juli 1928 in Kraft und kann erstmalig mit einer Frist von vier Wochen zum Schluß der letzten Lohnwoche im Monat April 1929 gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, so läuft der Vertrag mit der gleichen Kündigungsfrist auf je 13 Lohnwochen weiter.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß nicht beabsichtigt ist, durch die Schaffung eines neuen Lohntarifes einen Abbau von Verdiensten vorzunehmen.

Zu diesem Schiedspruch werden die Funktionäre der BBRB-Betriebe sowie die Arbeiter in den Betrieben in der nächsten Woche Stellung nehmen.

aufrechtzuerhalten ist. Und so sind noch sehr viele Fragen an die Straßenbahn zu richten.

Befriedigende Antworten darauf sind aber erst dann zu erwarten, wenn die Straßenbahn endlich ihre Interessentlosigkeit gegen die Vorgänge im Betrieb abstreift.

Mit der „Roten Fahne“ sind wir deshalb darin einig, daß es Pflicht jedes Straßenbahnführers ist, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, dem Deutschen Verkehrsbund. Erst dann lassen sich bessere Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Straßenbahn durchführen. Weder der Kollege Flieger noch der Ausschichtsvorsteher Reuter, am allerwenigsten der Polizeipräsident können helfen, sondern einzig und allein die Gewerkschaft, der Deutsche Verkehrsbund, Abteilung Straßen- und Kleinbahn, Sektion 3.

Eine Schiedskammer beim Arbeitsgericht.

Dr. Arnold als Arbeitsrichter.

Vom Baugewerksbund wird uns geschrieben: Am 1. Juli wurde der einjährige Geburtstag der Arbeitsgerichtsbarkeit in Wort und Schrift gefeiert, und mit Recht konnte auf die verbesserte Gerichtsbarkeit hingewiesen werden.

Andererseits Baugewerbe, das sich dieser Anerkennung leider nicht anschließen kann, und zwar wegen der Art der Erledigung der Streitigkeiten im Baugewerbe vor der Kammer 20 unter Vorhild des Landesarbeitsgerichtsrats Dr. Arnold.

Die im Arbeitsgerichtsgesetz zur Vorbedingung gemachte Besetzung der Erledigung der Arbeitsstreitigkeiten ist in das Gegenteil umgeschlagen. Zwischen Güteverhandlung und erstem Kammertermin liegt in der Regel eine Zwischenzeit von vier bis fünf Wochen. Die Verhandlungen selbst nehmen aus nicht ersichtlichen Gründen eine ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch. Bis in den Abend hinein müssen die Parteien auf den licht- und luftlosen Korridoren dieses reichlich veralteten Gerichtsgebäudes ihre Zeit verbringen. Man sagt: „Was lange währt, wird endlich gut.“ Das Gegenteil ist hier der Fall.

Von einem Arbeitsrichter muß man verlangen, daß er sich in das Getriebe der komplizierten Wirtschaft hineinzufinden sucht, daß er versucht, die soziale Ungleichheit der streitenden Parteien rechtlich zu begründen und ihr durch seine Rechtsprechung gerecht zu werden. Er muß, wie Dr. Schiffer, sagt, „erst Reich und dann Jurist sein“.

Von all diesen Vorbedingungen war bei Herrn Dr. Arnold nichts zu merken. Wenn wir jetzt die Pflicht in die Öffentlichkeit antreten, dann nur deswegen, weil die Verhältnisse in seiner Kammer unhaltbar geworden sind.

Der Raum des „Vordrucks“ gestattet es nicht, alle Fehlurteile, die unter dem Vorhild des Herrn Dr. Arnold gefällt sind, aufzuführen. Es sei nur gestattet, auf zwei Fälle hinzuweisen.

Im Sommer vorigen Jahres trafen die Puffer Berlins nach vergeblichen Bemühungen um den Abschluß eines Tarifvertrages in den Streit. Die Bauunternehmer riefen das Arbeitsgericht an und behaupteten, die Puffer hätten Tarifbruch begangen. Sie beantragten den Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Aushebung des Streiks, Verbot des Streikpostenstellens, Schadenersatzanspruch an die Organisation und was sonst dazu gehört. Was kein Mensch für möglich hielt, die Unternehmer selbst nicht, geschah. Unter dem Vorhild des Herrn Dr. Arnold wurde die gewünschte einstweilige Verfügung erlassen. Den Bauunternehmern selber wurde diese juristische Heiligkeit recht unbehaglich, weshalb sie auf alle Rechte aus dieser einstweiligen Verfügung verzichteten, ehe das Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz zu der notwendigen Korrektur kommen konnte.

Ein zweiter Fall. Ein Hosieler Pape arbeitete bei der Firma Huber u. Söhne von Ende Mai 1927 bis März 1928. Er bekam nicht den Tariflohn. Die beklagte Firma behauptete, der Kläger sei nur als Helfer tätig gewesen. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Kläger neun Monate als selbstständiger Hosieler tätig war und nur einige Tage als Helfer beschäftigt wurde. Es wurde ferner festgestellt, daß der Kläger monatelang im sogenannten Bau-lohn bei den Bauern beschäftigt war. Der Unternehmer hat für den Kläger vollen Tariflohn plus Unternehmerzuschlag bezogen und sich so ungerechtfertigt bereichert, indem er einen erheblichen Teil des dem Kläger zustehenden Tariflohnes in seine Tasche steckte.

Herr Dr. Arnold wies den Kläger mit seiner Klage ab, hielt also das an Betrug grenzende Verhalten des Unternehmers für richtig.

Aus allen Erfahrungen aus der Praxis des Herrn Dr. Arnold als Arbeitsrichter kommen wir zu dem Schluß, daß Herr Dr. Arnold das notwendige soziale Verständnis als Arbeitsrichter fehlt, weshalb er am Arbeitsgericht unmöglich ist.

Wie steht's im Töpferberuf?

Seine Eternierung lohnt sich nicht.

Die Arbeitslosigkeit unter den Töpfern wird trotz einigermaßen guter Baukonjunktur immer größer. Von den etwa 1000 Töpfern in Groß-Berlin sind in diesem Jahre die Hälfte ständig arbeitslos. Woran liegt das? Der Beruf ist ein ausgeprägter Beruf für Kleinmeister. Den etwa 1000 Gelehrten stehen über 800 Meister gegenüber, von denen viele zwar keinen Gelehrten beschäftigen können, aber einen Lehrling halten.

Die Zentral- und Fernheizung verdrängt immer mehr die Kachelofenheizung. Schon 1927 wurden 38 Proz. der Wohnhausbauten mit Zentralheizung versehen. Für öffentliche Gebäude kommt überhaupt keine Kachelofenheizung in Frage. Für Küchen kommt ein Kachelherd ebenfalls bald gar nicht mehr in Frage, da hier der eiserne Herd den Kachelherd schon 1927 fast vollständig verdrängt hat. Der Töpfer wird sich nach einigen Jahren nur noch auf das Ausbessern der vorhandenen Kachelöfen und Herde beschränken müssen.

Einer Regelung der Lehrlingshaltung haben sich die Töpfermeister widersetzt. Hierbei spielen zwei Momente eine ausschlaggebende Rolle. Erstmal ist der Lehrling ein billiger Arbeitsburche. Zweitens braucht der Unternehmer eine ständige Reservearmee von Arbeitslosen, um dadurch die Löhne niedrig zu halten. Für die meisten Lehrlinge, die den Töpferberuf erlernen, sind die Lehrjahre eine vergeudete Zeit gewesen, da dieser Beruf keine Zukunft mehr hat. Diese Junggelehrten sind schon heute in den überaus meisten Fällen gezwungen, nach Beendigung ihrer Lehrzeit einen anderen Beruf zu ergreifen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, 19. Uhr, sind folgende Veranstaltungen: Kartenspiel; Reiseorganisation für die Gruppe Oranienbrunn. Treffpunkt 18 Uhr Oranienbrunn, Ecke Teplitzstr. — Landsberger Platz: Kartenspiel; Bernau-Häuser. Treffpunkt 18 Uhr. Treffpunkt Landsberger Platz. — Franzfurter Häuser: Wandwanderung Bernau-Loburg. Treffpunkt 18 Uhr. Treffpunkt Franzfurter Häuser.

Verantwortlich: Herr Vollrath; Schriftf.: Herr Schmitt; Kassier: Herr Schmitt; Gewerkschaftsbewegung: Herr Schmitt; Neulichten: Herr Schmitt; Ullrich: Herr Schmitt; und Contingent: Herr Schmitt; Anzeigen: Herr Schmitt. (Hilflich in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag 6 m d. B. Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Gietz u. Co., Berlin 38. Lindenstraße 1. Strass 2. Telefon und „Unterhaltung und Wissen“.)

Die Kündigungsschutzfrist.

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Der Angestellte E. war seit Jahren bei der Zigarettenfabrik Manoli in Berlin beschäftigt und hatte sich außerordentlich gut geführt. Im Februar 1927 wurde er grundlos entlassen. Gegen dieses rigorose Vorgehen der Firma erhob der Angestellte Klage beim Arbeitsgericht. Er machte geltend, daß er von 1901 bis 1912 ununterbrochen als Angestellter bei der Firma tätig war. Dann habe ihn die Firma 1926 wieder eingestellt und sei dann im Februar 1927 fristlos entlassen worden. Da er länger als 12 Jahre bei der Firma beschäftigt war, habe er eine Kündigungsfrist von 6 Monaten. Der Kläger klagt auf rückständiges Gehalt und Spesen in Höhe von 6200 M.

Die Firma lehnte die Forderung rundweg ab. Sie gibt zu, daß Kläger 12 Jahre bei ihr beschäftigt war, jedoch das letzte Jahr sei er Handlungsaufsicht gegen Provision gewesen. Er habe die Vertretung eines bestimmten Bezirks gehabt und habe auch noch andere Reisende beschäftigen können.

Der Klage des Angestellten wurde vom Landesarbeitsgericht stattgegeben. Dagegen richtet sich die Revision der Beklagten. Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision kostenpflichtig zurück und schloß sich der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts in Berlin an. Der Kläger sei länger als 12 Jahre ununterbrochen bei der Beklagten beschäftigt gewesen und habe somit Anspruch auf eine sechsmonatige Kündigungsfrist. Diese sei aber von der Beklagten nicht eingehalten worden, demnach war sie zu verurteilen.

Verbandsstag der Bekleidungsarbeiter.

Bei der Aussprache zum Geschäftsbericht stand die Frage der zentralen Lohnregelung im Mittelpunkt der Debatte. Die Hamburger Mitgliedschaft hatte eine in der Verbandspresse veröffentlichte Entschließung angenommen, die sich für die örtliche Lohnregelung einsetzt, weil die Löhne in der Hamburger Herren- und Knabenkonfektion bei der zentralen Regelung ins Hintertreffen geraten seien. Die Mehrzahl der Delegierten sprach sich jedoch für die Beibehaltung der seinerzeit in Leipzig beschlossenen zentralen Tarifpolitik aus. Die Vertreter der Zentralleitung betonten, daß die Lohn- und Tarifpolitik auch eine grundsätzliche Bedeutung habe; sie sei nicht lediglich vom materiellen, sondern auch vom prinzipiellen Standpunkte aus zu betrachten. Die Wünsche der Hamburger Kollegen seien einen strengen und zahlenmäßig geschlossenen Funktionärskörper voraus; dieser sei aber leider nicht vorhanden. Hier bestehe keine Fachfrage, sondern eine Rechtsfrage. In der Debatte wurden wertvolle Anregungen und Winke für die Tarifpolitik gegeben. Gefordert wurde u. a. Gleichstellung der Löhne für Männer und Frauen, Ausdehnung der zentralen Lohnpolitik auf sämtliche Branchen, mehr Angriffspolitik, Maßnahmen gegen die bei jeder Lohnerhöhung von den Unternehmern vorgenommenen Serienverschiebungen.

Im Schlusswort zum Geschäftsbericht führte der Verbandsvorsitzende Pleitt an verschiedenen Beispielen den Beweis dafür, daß die zentrale Tarif- und Lohnpolitik die besten Erfolgsmöglichkeiten bietet, vor allem auch die Möglichkeit, in zurückgebliebenen Lohngebieten Erfolge herauszuholen. In der Abstimmung wurde ein Antrag Hamburgs, an Stelle der Tarifschiedsgerichte das Arbeitsgericht anzunehmen, angenommen. Ebenso fand ein Nürnberger Antrag, Garantilöhne für Stützarbeiter in Werkstätten zu

erstreben, Annahme. Ferner stimmte der Verbandstag einem Antrag auf Anbahnung tariflich geregelter Ferien für die Heimarbeiter zu. Ein Antrag Steutins, eine Reichsbrandentwerferkonferenz für Zuschneider einzuberufen, wurde der Zentralleitung als Material überlassen.

Nach einem Vortrag Kaphtalls über die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften (Beschaffung von Arbeit, Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Kontrolle der Monopopolpreisbildung usw.) wurden die Anträge zum Statut beraten. Pleitt begründete die von der Zentralleitung eingebrachten Anträge über die Anleihe der Hauptkasse an den Beiträgen zur besseren Rüstung für die wachsenden finanziellen Aufgaben. Eine Vorlage, die die an die Hauptkasse abzuhaltenden Mindestbeiträge entsprechend den Stundenlöhnen regeln soll, wurde von der Zentralleitung wieder zurückgezogen. Demzufolge mußten auch die Vorlagen der Zentralleitung zur Erhöhung der Unterstützungen zurückgezogen werden. Beschlossen wurde, daß während eines Kalenderjahres nur zehn beitragsfreie Monate gewährt werden dürfen. Ueber diese Zeit hinaus werden Anwartschaftsbeiträge von 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder erhoben. Ein Antrag der Statutenkommission, möglichst rasch eine Alters- und Invalidenunterstützung sowie eine Aussteuerbeihilfe einzuführen, wurde mit 77 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Festsetzung des Eintrittsgeldes auf 1 M. für männliche und auf 50 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder hält der Verbandstag für wünschenswert.

„Desperadopolitik der Straßenbahn.“

Die „Rote Fahne“ brachte in ihrer Nummer 152 den Rotschrei eines sogenannten Arbeiterkorrespondenten über „Desperadopolitik der Straßenbahn“. In dem Artikel wurden die Tarifachen auf den Kopf gestellt, nach dem alten Rezept der SPD: „Alles muß verunglücken und die Sozialdemokratie heruntergerissen werden“.

Wie liegen die Dinge? Durch die Konkurrenz der Schnellbahn und dem Autobus ist die Straßenbahn gezwungen, ihre Fahrgeschwindigkeit zu erhöhen. Die Verkürzung ihrer Fahrzeit, wo sie möglich und durchführbar ist, ist schon lange geplant.

Nicht erst seit einigen Wochen, sondern Monate vorher, hat der Betriebsrat eine Vollversammlung nach Boekers Festhalten einberufen, um zu der Fahrzeitverkürzung Stellung zu nehmen. Dem Verdreher der Tarifachen in der „Roten Fahne“ ist das wohl nicht bekannt? Er scheint zu den nicht wenigen Straßenbahnern zu gehören, die solche Versammlungen schwänzen, dafür aber um so mehr schimpfen.

Wie sah die Protestversammlung aus? Ein Häuflein von noch nicht 200 Straßenbahnern hatte es für notwendig gehalten, gegen die Maßnahmen zur Verkürzung der Fahrzeit Stellung zu nehmen! Wo waren die übrigen Straßenbahner? Der schlechte Besuch der Vollversammlung war eine glatte Blamage für die Belegschaft. Mußte nicht durch diese Interessentlosigkeit der Belegschaft die Straßenbahn in ihrem geplanten Vorgehen geradezu bestätigt werden? Ist daran wirklich der Betriebsrat vorliegend Flieger schuld? Wie es in der „Roten Fahne“ behauptet wird.

Uebrigens kann hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß der überaus größte Teil der Straßenbahner die verkürzte Fahrzeit als eine zeitgemäße Notwendigkeit anerkennen hat. Die Berliner Straßenbahn kann nicht gut hinter Krähwinkel kommen.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die verkürzte Fahrzeit lediglich auf Kosten der Straßenbahner durchgeführt werden soll. Es muß vielmehr eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten ohne Kürzung des Lohnes. Weiter muß geprüft werden, ob die alte Berechnung von 23 und 28 Proz. für alle Nebenarbeiten noch

Morgen!

Internationaler Genossenschaftstag

im Volkspark „Carlshof“, Plötzensee

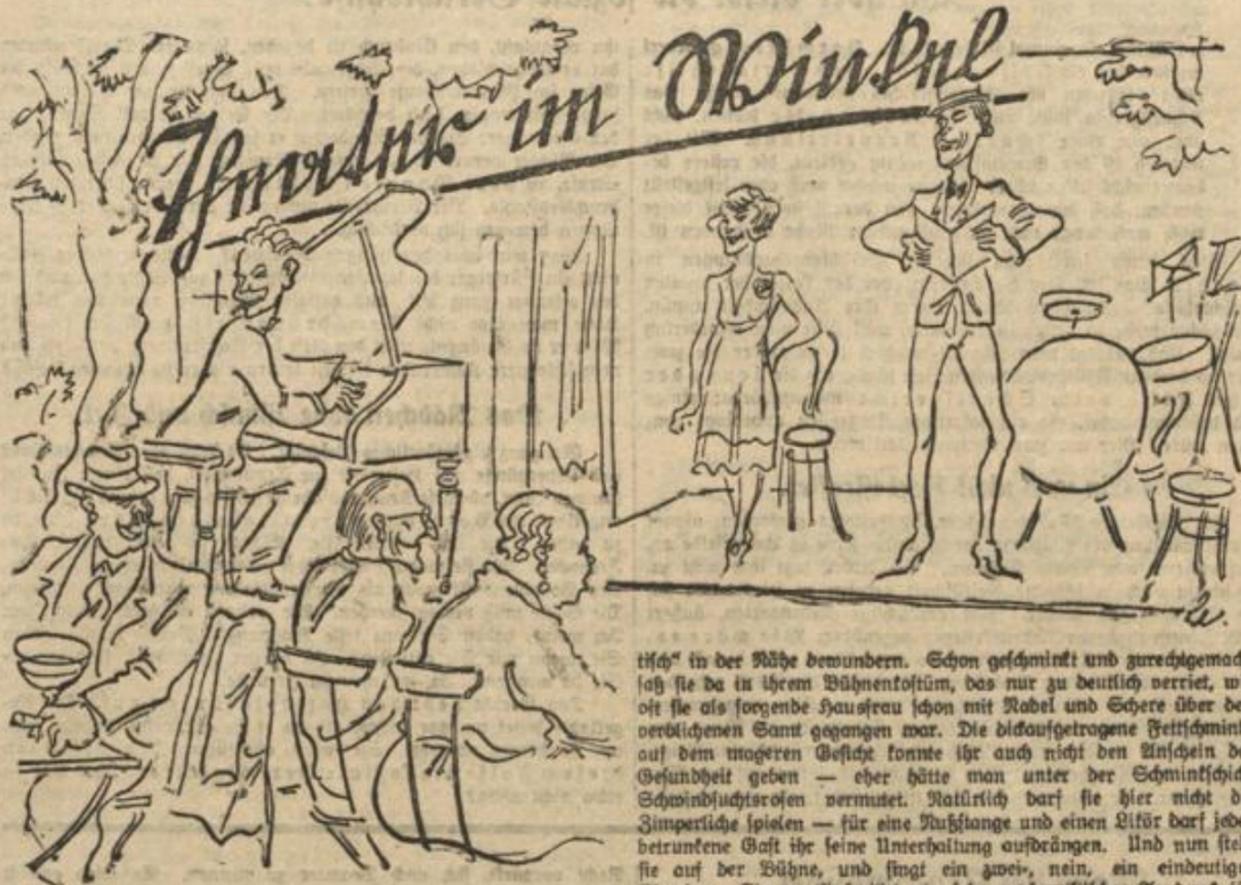
Sonntag!

Beginn 3 Uhr nachmittags

Eintrittspreis: Erwachsene 30 Pfennig, Kinder 15 Pfennig

2 Musikkapellen, Gesangsvorträge, Ansprache, Feuerwerk, Kinder-Fackelzug





isch" in der Nähe bewundern. Schon geschminkt und zurechtgemacht sah sie da in ihrem Bühnenkostüm, das nur zu deutlich verriet, wie oft sie als sorgende Hausfrau schon mit Nadel und Schere über den verblühten Samt gegangen war. Die dickergetragene Fettschminke auf dem mageren Gesicht konnte ihr auch nicht den Anschein der Gesundheit geben — eher hätte man unter der Schminke die Schwindsuchtserose vermutet. Natürlich darf sie hier nicht die Zimperliche spielen — für eine Nusstange und einen Vifor darf jeder betrunkene Gast ihr keine Unterhaltung aufdrängen. Und nun steht sie auf der Bühne, und singt ein zwei, nein, ein eindeutiges Chanson. Singen ist freilich ein sehr euphemistischer Ausdruck für ihr Beginnen, und so wie sie hat auch der nachfolgende Komiker den letzten Rest seiner Stimme längst verloren. Er kommt zu jedem Vortrag in einem anderen Kostüm, einmal sogar in roten Trikots mit einem aufgelegten Storchkopfs als „lieber guter Klapperstorch“, und die Anspielungen dieses Couplets werden von den Gästen mit wiederholtem Gelächter bedient. Das Publikum besteht nun aus ungefähr zweieinhalb Dutzend Menschen, und dieses Publikum ist mindestens so interessant, als die Darbietungen der Künstlerchaft. Alles ist Proletariat aus der Gegend, von der polnische Schaiterin, die den Anschluss verpasst hat und von den Spenden ihrer Geliebten lebt, bis zu Keinen Geschäftsleuten aus der Nachbarschaft, in der Wehrhaft sogenannten Familienpublikum — und sogar Kinder hat man mitgebracht! Wahrhaftig, da sitzen an verschiedenen Tischen Kinder, von zwei, von vier, von sechs Jahren! Und mit glänzenden Augen verfolgen sie die Sprünge des Komikers, mit Andacht hören sie die eindeutigen Redensarten mit an.

Von einer arbeitslosen „Stimmungsfoubrette“, die sich an unseren Tisch gesetzt hat, höre ich von den Arbeitsbedingungen der Künstler, die hier auftreten. Es gibt drei, selten vier Wochentage für den Abend; selbst Lokale in der Friedrichstadt, die eine Wochentage haben, zahlen ja jetzt im Sommer oft nur sechs Mark! Dafür muß man noch den ganzen Abend arbeiten, ein Doppelengagement an einem ähnlichen Lokal oder bei der Bühnenshow eines kleinen Amos ist nicht möglich, und selbst diese elend bezahlte Arbeit haben die meisten nur in den letzten Tagen der Woche. Und trotzdem meine Nachbarin andauernd beteuert, „in solchen Lokalen ja gar nicht zu arbeiten — sie wäre was für den Besten! — Aber auch auf einem Nummel würde sie lieber arbeiten, selbst da verblende man ja besser“ — folgt sie mit hungrigen Augen dem Wirt, der ab und zu durchs Lokal geht. Wenn der merkt, wie sie uns bei Stimmung erhält, wird er sie vielleicht doch für Sonnabend und Sonntag engagieren... die Erwerbslosenunterstützung ist so düster wenig... und sie wird ihre pflanzlichen Couplets bringen und lustig sein... Und bei ihrem niedrigen Sprechen und unvernünftigen Gelächter begräbt man erst, welche traurige Sache solch ein „Bumms“ ist.

Also so was gibt's noch! Da erzählen wir uns große Geschichten über die Fortschritte der Theaterkultur, schiden engagementslose Schauspieler, zu kleinen Wandertruppen vereinigt, in die Provinz und tun so, als ob die Volksbühne das Proletariat bereits vollständig zu neuen Begriffen von Vergnügen und Vergnügungen erjogen hätte. Und dertweil existieren hier in Berlin die lehrreichsten Beispiele für das, was ein großer Teil des Proletariats noch immer als ein, als sein Vergnügen betrachtet: Der „Kummet“ verschiedener Aufmachung und der „Bumms“. Was ist denn ein „Bumms“? Wenn man glatt und trocken sagen würde „ein Variété niederster Ordnung“, dann wäre damit noch nicht viel gesagt. So ein „Bumms“ muß sozusagen am lebenden Exemplar erklärt werden.

Da liegt in der Gegend um den Schlesischen Bahnhof herum eine kleine Eckneipe, die den Vorzug hat, einen Garten am Sprosser zu haben. Zwei Drittel des Gartens sind mit einem Zelt überspannt, und hier findet im Sommer die „große Kabarettvorstellung“ mit Konzert statt — bei völlig freiem Zutritt, wie es heißt. Zuerst sitzt auf dem Podium, das mit einer Rheinlandschaft im Hintergrund und ein paar schmalen Seitenkissen ausgestattet ist, das Trio und macht Stimmungsmusik. Der herr Kapellmeister hat die Verpflichtung, sich von jedem Gast nach Belieben „anzupflaumen“ zu lassen und darf auch den massiven „Bligen“, wenn er sie schon nicht beantworten mag, nichts als ein freundliches Gesicht entgegen setzen. Eigentlich soll er sie ja passend beantworten — ihm ist aber bei seiner Beschäftigung sogar der Gaisgenhumor schon zu Ende gegangen. Und dann endlich tritt der „Konferencier“ auf. Der steht in einem an allen Nähten blauen, schwarzen Anzug, und sein „Überhemdchen“ ist sogar teilschwarz. Er begrüßt die Erschienenen namens der gesamten Künstlerchaft „einschließlich der Toilettenfrau“ und ergeht sich in längeren Ausführungen darüber, wie man gerade diese „letzte Frau“ unterstützen könne und sollte (im Bedarfsfall erweist es sich aber, daß die letzte Frau in diesem Etablissement eine völlig imaginäre Person ist). Und dann kündigt er das Auftreten der Soubrette an. Das ist eigentlich seine Frau, und bis kurz vor dem Auftreten konnte man sie am „Künstler-

Achtung, Reichsbahn! Die Straßenbahn vermehrt die Sitzplätze.

In den nächsten Tagen wird die Berliner Straßenbahn den Berlinern einen neuartigen Anhängewagen vorführen, der von der bisherigen Form abweicht und nur im Äußeren eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Zwillingswagen, von denen Ende dieses Jahres 300 in Betrieb genommen werden sollen, hat. Es wird zum ersten Male ein Straßenbahnwagen sein, der nicht so hoch gebaut ist wie sämtliche bisherigen Wagen und infolgedessen ein bequemerer Einsteigen ermöglicht. Der Wagen, der etwas länger als die jetzigen Anhänger ist, wird von der Mitte aus bestiegen und hat auf jeder Seite zwei automatisch schließbare Türen. Um Raum zu sparen und damit eine möglichst große Anzahl von Sitzplätzen herauszuholen, ist man von den Überbankflächen wieder abgegangen und hat lebergepolsterte Sitzplätze auf jeder Längsseite des Wagens angebracht. Ohne lebensgefährliches Gedränge werden in diesem Wagen circa 85 Personen mitgenommen werden können. In bezug auf die Beleuchtung ist dafür Sorge getragen, daß auf allen Plätzen gleich helles, schattenloses Licht vorhanden ist.

Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn in demselben Augenblick, in welchem die Reichsbahn mit positiverem Ernst erklärt, daß sie aus diesen und jenen Gründen ummöglich in ihren neuen Vorortwagen die Anzahl der Sitze erhöhen könne, die Städtische Straßenbahn den Nachweis erbrächte, daß es bei erstem Willen eben doch geht. Warten wir also ab, was die Straßenbahn den Berlinern präsentieren wird.

Das gestörte Stahlhelmkonzert. Ein Kommunist wegen Landfriedensbruch verurteilt.

Die Zusammenstöße zwischen dem Stahlhelm, der am 22. April in Neukölln ein Bläserkonzert veranstaltete, und Kommunisten, über die im „Vorwärts“ berichtet wurde, fanden gestern vor dem erweiterten Schöffengericht Neukölln ihr gerichtliches Nachspiel. Nachdem es schon während des Konzertes auf dem Hohenzollernplatz zu schweren Ausschreitungen der Linkskämpfer gekommen war, erreichten die Zwischenfälle in der Prinz-Hanberg-Straße ihren Höhepunkt, wo die Kommunisten Barrikaden aus Balken und Eisenträgern errichtet hatten, um den Stahlhelmszug aufzuhalten. Bei der Beilegung dieses Hindernisses wurden mehrere Polizeibeamte und Stahlhelmer durch Steinwürfe erheblich verletzt. Einer der dabei Sisierten, der 19jährige Musiker Walter W., hatte sich nun wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten, während gegen andere Täter das Strafverfahren noch schwebt. W. bestritt jegliche Beteiligung an den Ausschreitungen und will nur zufällig damals vorbeigekommen sein, während mehrere Zeugen betonen, daß ihnen W. aufgefallen sei, als er, um scheinbar einen Stein zu schleudern, den Arm hochhob. Ob er tatsächlich geworfen hat, konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Das Gericht verurteilte W. wegen einfachen Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis unter Jubilation einer Bewährungsfrist.

Eine Zeugenvernehmung Lombard-Bergmann.

In der Schandensackfrage u. Hindenburg gegen den Detektiv Brüger hatte das Landgericht I beschloffen, auch Bergmann als Zeugen zu vernehmen. Während seiner gestern im Untersuchungsgefängnis stattgefundenen Vernehmung verweigerte Bergmann auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er zu seinen Straftaten insbesondere über die mehrfachen Verpfändungen etwas aussagen wolle, die Antwort. Der Vorsitzende wies ihn darauf hin, daß unter Umständen die Ausweiserweiterung in dem Strafverfahren gegen ihn ungünstig ausgelegt werden müsse, da die Akten sicherlich vom Schöffengericht eingefordert werden würden. Rummehr erklärte Bergmann, daß er sich erst mit Rechtsanwalt Dr. S. Heilmann, der in seinem Strafprozeß die Verteidigung führe, eingehend beraten müsse. Das Gericht gab auch diesem Antrage statt. Bisher hat Bergmann in seinem Strafverfahren als Angeklagter gute Dienste, von den mehrfachen Verpfändungen, die in einem Betriebe vorgenommen worden waren, etwas gewußt zu haben.

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersetzt von K. Hauser.)

1.

Es war am 15. Mai 1922, drei Minuten vor sechs Uhr abends. Francis Joseph McPhillip lief die Zementstufen hinauf, die zu der gläsernen Drehtür führten; es war der Straßeneingang des Dundon-Vogelhauses. Das „Haus“, wie es in Dublin in Verbrecherkreisen und bei der ärmsten Bevölkerung genannt wurde, war ein graues, vierstöckiges Betongebäude. Es stand linterhand von einem breiten, windigen Asphaltweg, abweichend von der B.-Straße an der Südseite der Stadt. Ein Labyrinth von Straßen des (Stumviertels) umgab es. Ein undefinierbarer Geruch nach Menschen, die auf engem Raum leben, erfüllte die Luft. Von dem Haus selbst ging ein Geruch von Essen aus, und von Fußböden, die mit Seife und heißem Wasser geschworen werden.

Ein rieselnder Regen troff herab von einem schwarzen, geballten Himmel. Von Zeit zu Zeit knatterten Hagelschlägen, getrieben von einer plötzlichen Bö, in tanzenden Gruppen auf den harten, dampfenden Asphalt.

McPhillip rannte die vier Stufen hinauf und drängte sich hastig durch die Glastür in den Vorraum. Er brachte sein Gesicht so nahe an die Scheiben, daß sein blaßes Atem augenblicklich einen blinnden Hauch auf dem gesprungenen Glas hervorrief. Dann wandte er sich um. Er duckte sich in den Winkel der Tür und spähte um die Ecke der Mauer die Straße hinunter, auf der er soeben gekommen war. Er war ein Mörder.

Er hatte während eines Landarbeiterstreiks im letzten Oktober den Sekretär des lokalen Zweiges der Farmer-Union getötet. Seitdem hatte er sich zusammen mit einer Gruppe von Männern, die dem Gefängnis entflohen waren,

mit Briganten, Verbrechern und politischen Flüchtlingen in den Bergen verborgen gehalten. Vor einer halben Stunde war er auf einem Güterzug nach Dublin gekommen. Der Zugführer war ein Mitglied der revolutionären Organisation, der auch McPhillip angehört hatte, als er den Sekretär der Farmer-Union erschloß. Nichts Besonderes war auf der Straße zu sehen. Eine alte Frau ging weit hinten über den Damm. Sie hatte ein schwarzes Tuch um den Kopf gewickelt und trug eine Milchkanne in der Hand, deren Öffnung sie mit einem Ende ihres Schals bedeckte, um den Regen abzuhalten. Ein Mann sang einsam vor sich hin; das Gesicht dem Rinnstein zu seiner Rechten zugewandt, hielt er seine Mütze vor sich. Er bettelte, aber niemand nahm Notiz von ihm.

McPhillips Augen suchten überall umher mit der gewöhnlichen Schnelligkeit eines Menschen, der seine Späherinstinkte durch Not und lange Uebung entwickelt hat. Die Straße war vollkommen sicher. Er seufzte und wandte sich, um das Innere des Hauses zu prüfen.

Er war ein Mann von mittlerer Größe und schlant gewachsen, aber seine Schultern waren breit genug für einen Riesen. Von den Schultern aus verengte sich sein Körper, Hüften und Taille waren ganz außer Proportion zu dem oberen Teil des Körpers. Sein rechtes Bein war unterhalb des Knies auswärts gebogen, und er setzte im Gehen den Fuß des rechten Fußes eher als den Hacken auf den Boden, so daß sein Gang die schleimende Art eines wilden Tieres im Wald hatte. Sein Gesicht war mager und farblos. Sein Haar war schwarz und dicht, die Augenbrauen dunkel und buschig. Die Wimpern, die sehr lang waren, blieben beständig über den Augen gefenkt. Unter diesen gefenkten Wimpern waren seine Augen blau, scharfsichtig und finster; hoben sie sich aber für einen Augenblick, wenn er an etwas Fernes, vielleicht Imaginäres dachte, so wurden sie groß, melancholisch und träumerisch. Sie waren sanft und von einer unfaßbaren Traurigkeit erfüllt. Seine Kinnbacken waren kantig und scharfkantig, ohne Fleisch, die Lippen dünn und eng gepreßt. Die Nase war lang und gerade. Seine Backen waren hohl, und an den Backenknochen erschien jedesmal ein roter Flecken, wenn ein Anfall von hartem Husten ihn erschütterte den er zu unterdrücken versuchte.

Er trug schäbige, blaue, faltige Hosen, einen fahl verblühten, alten Regenmantel, am Halse hochgeknapft wie eine Uniform. Die Schuhe waren alt und verbraucht. Sie quatschten vor Rasse und Schmutz, der sich in ihre abgelaufenen Sohlen eingesen hatte. Eine graue Wolmmütze trug er und unter der linken Achselhöhle verborgen eine automatische Pistole in einer Ledertasche. Die Pistole hing an einem Riemen, der um seinen Nacken geschlungen war. Wie er so da stand und durch die Tür spähte, waren die Finger seiner rechten Hand in den Schlitz zwischen zwei Knöpfen des Mantels hindurchgesteckt. Die Fingerspitzen ruhten auf dem kalten Abzug der Pistole.

In der Vorhalle warteten drei alte Männer, in einer Reihe aufgestellt, vor dem geschlossenen Glasfenster des Bureaus auf der rechten Seite. Der Alte, der am nächsten stand, trug die braune Armentracht des Hauses. Seine Augen lagen tief in tränenden Schluchten, und er schien nahe daran zu sein, in eine Ohnmacht zu fallen. Er stand auf einem Stuhl gelehnt, und sein Kopf nickte immerfort zitterig vor sich hin wie der eines Betrunknen, der im Begriff ist, einzuschlafen.

Der zweite alte Mann trug einen vertragenen alten Frack. Er sah aus wie ein durch Alter arbeitslos gewordener Kellner. Der letzte alte Mann war in ein Gemisch von unbeschreiblichen Lumpen gehüllt; er schüttelte fortwährend seinen Leib in dem Versuch, sich durch sein Zeug hindurch zu tragen. Die drei standen schweigend. Hinter ihnen führten vier weitere Zementstufen zu einem langen Gang, der sich durch das Gebäude zog. Ganz hinten kreuzte ein Korridor den Gang. Männer gingen dort gruppenweise ab und zu vorbei.

McPhillip war im Begriff, durch die Tür hindurchzugehen, als sich das Glasfenster mit einem Knirschen öffnete und innen der Kopf eines Mannes erschien. Der Mann schnippte mit Daumen und Zeigefinger und veranlaßte so den alten Mann, der am nächsten stand, heranzukommen. Es war der Alte mit den Lumpen. Der Alte kam und rief mit schwacher kindlicher Stimme plöblich: „Ach herrje, ich hab's vergessen.“ Schwach lächelnd und mit sich selber murmelnd begann er in seinen Lumpen herumzuwühlen. Der Mann im Fenster sah zu ihm hin, blies ärgerlich die Lippen auf und verschwand. (Fortf. folgt.)

1) Proletariatsviertel, im gewissen Sinne auch verurteilter Stadtteil.

Jetzt befand er sich hier in der Zwangslage, unter Umständen eiblich als Zeuge über diesen Punkt auszusagen zu müssen.

Das Strafverfahren gegen Bergmann, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby und acht weitere Angeklagte ist so weit gediehen, daß die Strafkammer bereits die Aufstellung der Angeklagten betreibt und gleichzeitig wegen des umfangreichen Materials über den Antrag von Oberstaatsanwalt Binder auf Eröffnung des Strafverfahrens berät.

Tod Löwensteins immer geheimnisvoller War der Bankier ein Schlafwandler?

Auf dem Flugplatz Le Bourget wurde gestern, wie der „Tempo“ mitteilt, mit einem Flugzeug von dem gleichen Typ, mit dem der belgische Bankier Löwenstein verunglückt ist, der Versuch gemacht, ob sich während der Fahrt die Ausgastür öffnen läßt. Zwei Mechaniker der Flugzeugfirma Fokker versuchten während des Laufens der Motoren bei voller Geschwindigkeit die Tür zu öffnen. Erst als sie beide gemeinsam sich mit voller Kraft dagegen stemmten, entstand eine Öffnung von genügender Größe, daß ein Mensch hätte hinausfallen können. Der Vertreter der Firma Fokker hat auf Grund dieser Feststellung erklärt, daß es einem einzelnen Menschen nahezu unmöglich sei, die Tür eines Flugzeuges dieses Modells während der Fahrt zu öffnen.

Die Frachtleute auf dem englischen Flugplatz Croydon haben nach der Rückkehr von Löwensteins Flugzeug den Aeroplan auf das Eingehendste untersucht, aber keinerlei Spuren von einem etwaigen Todessturz Löwensteins gefunden. Die internationale Fachpresse vertritt mit seltener Einmütigkeit die Auffassung, daß infolge des starken Luftdruckes während des Fluges Löwenstein allein die Tür nicht hätte öffnen können, durch die er in das Meer gestürzt sein soll. Das französische Gericht in Boulogne hat eine eingehende Untersuchung über die Todesursache veranlaßt, ist aber begreiflicherweise zu keinem Ergebnis gelangt. Lage der Leiche Löwensteins vor, dann wußte man wenigstens, daß er tot ist. Von dem toten Löwenstein ist aber nirgends eine Spur zu entdecken.

Im Gegensatz dazu erklärte der Privatsekretär Löwensteins, daß es ihm persönlich mehrere Male möglich gewesen sei, während des Fluges die Tür zu öffnen und daß es demnach nicht ausgeschlossen sei, daß sich Löwenstein in der Tür geirrt habe und hinausgefallen sei. Der Sekretär schilderte die Anordnung des Toiletterooms im Flugzeug und erklärte, daß, wenn man sich in diesen Raum begeben, man notgedrungen mit dem Rücken gegen die zweite Ausgastür zu stehen komme, und daß diese Tür, wenn sie nicht ganz zu verschlossen sei, dem Druck des Körpers nicht standhalte, sondern sich öffnen müßte.

„Paris Midl“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem dem Finanzmann Löwenstein nahestehenden ungenannten Persönlichkeit. Danach soll Löwenstein ein Schlafwandler gewesen sein und man könne annehmen, daß er ein Opfer dieser Krankheit geworden sei. Einen Selbstmord hält die betreffende Persönlichkeit für ausgeschlossen. Über könne man noch ein Verbrechen annehmen.

In Pariser Bülletins wird allen Erstes die Auffassung vertreten, daß sich die sensationelle Meldung von dem romantischen Todessturz Löwensteins schon sehr bald aufklären werde. Handelte es sich doch bei ihr um ein großes und gelungenes Börsenmanöver. Wenn das Flugzeug an der belgischen Küste eine Zwischenlandung unternahm, dort den belgischen Finanzmann an Land setzte und nach Calais weiterflog, um hierauf die sensationelle Meldung von dem Sturz Löwensteins aus dem Flugzeug in den Kanal zu verbreiten, dann befindet sich Löwenstein noch am Leben. Ein Betrauer Löwensteins meldet im „Le Petit Journal“, daß Löwenstein wieder in wenigen Tagen wohlbehalten auf der Bildfläche erscheinen wird.

Amerika lobt unseren Flughafen. Italienisches Faszistengescheh.

Der amerikanische Flieger Rears mit dem Blauen Collingens an Bord, der einen Europa-Asien-Flug von Paris über Berlin, Moskau, Kurgan, Krasnojarsk, Tschita, Duden und Tokio unternimmt, ist gestern früh auf dem Tempelhofer Flugfeld eingetroffen. Rears war vorgestern abend in Paris nach Köln gestartet, wo er gegen 4 Uhr morgens landete. Nach kurzem Aufenthalt setzte er seinen Flug nach Berlin fort, verlor jedoch infolge des unglücklichen Wetters die Orientierung und mußte schließlich auf offenem Felde bei Landsberg a. d. W. eine Zwischenlandung vornehmen. Mit anderthalb Stunden Verspätung trafen dann die Flieger glücklich in Berlin ein. Sie beabsichtigten, noch gestern in direktem Flug nach Moskau weiterzuffliegen. Beide Flieger äußerten ihre Bewunderung für die ausgezeichnete Einrichtung der Flughäfen in Köln und Berlin.

Bei heftigstem Regen trafen gestern nachmittags vier italienische Flugzeuge von Amsterdam kommend in Berlin ein. Die Italiener hatten an den Flottenmanövern in England teilgenommen und wollten mit 12 Flugzeugen Berlin einen Höflichkeitsschub abgeben. Ein Bäderdubel italienischer faschistischer Schwarzhemden begrüßte die Flieger mit Eisesgebrüll. Von den zwölf Flugmaschinen, die erwartet wurden, trafen aber nur vier in Berlin ein. Die übrigen hatten sich verfliegen oder mußten notlanden.

Ein Jögling vom Lindenhof ertrunken.

Im Flussbad Lichtenberg ereignete sich gestern gegen 20 Uhr ein schwerer Badeunfall. Der 15jährige Jögling Gerhard Heinrich vom Erziehungsheim Lindenhof ging plötzlich vor den Augen zahlreicher Ribabender unter. Es gelang dem jungen Menschen nach kurzer Zeit zu bergen, doch blieben alle Wiederbelebungsversuche, die man anstellte, ohne Erfolg. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in der Bornikstraße gebracht. Die Todesursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Jugendliche vor dem Schnellrichter

Wo aber bleibt die soziale Gerichtshilfe?

Nicht als einmal ist bereits im „Vorwärts“ gefordert worden, daß ein Helfer der sozialen Gerichtshilfe allen Sitzungen des Schnellgerichts betreiben muß. Das Schnellgericht sollte einer schnellen Hilfe dienen, nicht aber nur einer schnellen Verurteilung. Mit der letzteren ist der Gemeinschaft wenig gedient, die erstere bedeutet nicht selten alles. Immer wieder muß aber festgestellt werden, daß das Bewußtsein von der Notwendigkeit dieser Hilfe noch lange nicht in genügendem Maße vorhanden ist.

Nicht selten fragt man sich bei Gerichtsverhandlungen in Moabit: Was soll hier die Helferin oder der Helfer der sozialen Gerichtshilfe? Manchmal scheint einem ihre Anwesenheit unnütz, weil nichts mehr zu retten ist, mitunter, weil Hilfe nicht erforderlich scheint. Und da sagt man sich: Wenn doch dieser Helfer die zwei oder im höchsten Fall drei Stunden Zeit fände, um die neun oder zehn Fälle beim Schnellgericht mitanzuhören; einige sind bestimmt dabei, wo ein sofortiges Eingreifen unbedingt vonnöten wäre. Hier nur zwei Beispiele statt vieler.

Ein noch nicht Vorbestrafter.

Ein 19jähriger Maschinenbauer, Arbeitslos geworden, nimmt er eine Stellung als Platanweiser in einem Kino in Lichterfelde an, weit entfernt von seinem Wohnort. Die Arbeit sagt ihm nicht zu. Er scheint auch in schlechte Gesellschaft geraten zu sein, treibt sich am Bahnhof Zoo umher, führt verdächtige Redensarten, äußert z. B. seinem jüngeren Arbeitskollegen gegenüber: Wie wäre es, wenn wir die Kassiererinnen überfallen würden? Und eines Tages bittet er um Entlassung. Er bleibt, bis Ersatz gefunden ist, dann geht er. Einige Tage später wird im Kino eingebrochen. Am nächsten Morgen fehlen Freitarten, Schokolade im Werte von 60 bis 70 M., die dem neuen Platanweiser gehört, und eine Geige, Eigentum des Kinogeigers. Der Verdacht fällt sofort auf den Maschinenbauer. Er wird verhaftet und ist geständig; ein Freund habe

ihn veranlaßt, den Einbruch zu begehen, sagte er. Die Freitarten hat er losgeschlagen, die Schokolade teils gegessen, teils verkauft, die Geige im Pfandleihhause verlehrt. Nun steht er vor Gericht, halb jugenhaft trotzig, halb beschämt. Der Geiger ist voll Zorn gegen den Einbrecher: Bis zur Stunde hat er sein Instrument nicht wieder. Der Richter verurteilt den jungen Menschen zur mindest zulässigen Strafe, zu drei Monaten Gefängnis wegen schweren Einbruchdiebstahls. Der Verurteilte nimmt die Strafe an, aber — seine Lippen bewegen sich verdächtig.

Was wird aus dem jungen Menschen? Hätte in diesem Falle nicht ein Fürsorger der sozialen Gerichtshilfe zur Stelle sein und sich des offenbar ganz hilf- und ratlosen Menschen annehmen sollen? Hätte man ihm nicht Bewährungsfrist zubilligen können? Wird er im Gefängnis nicht den Rest der Selbstachtung verlieren und noch schlechtere Kameraden kennen lernen als er sie draußen besah?

Das Mädchen ohne Wunsch und Ziel.

Ein ganz eigentümliches Geschöpf! Es zeigt eine Gesichtsmimik und Uebergänge von Heiterkeit zur Traurigkeit, daß einem Zweifel kommen kann, ob diese Neunzehnjährige geistig ganz gesund ist. Sie ist angeklagt, ein Porte monnaie mit einigen Mark gestohlen zu haben. Die Tat bestritt sie. Wovon sie geliebt habe? Von Freunden. Wo sie wohne? Bei einer Freundin mit einem Freunde. Der Bestohlene ist zwar als Zeuge geladen, aber nicht erschienen. Die Sache muß verlagert werden. Wo wohnen Sie jetzt? Jetzt, hier. Ich meine, haben Sie eine feste Wohnung? Nein! Wohin gehen Sie, wenn wir Sie entlassen? Zu meiner Freundin. Und werden Sie da wohnen? Ja, mit meinem Freunde.

Das Gericht hebt den Haftbefehl nicht auf. Die Angeklagte bittet um gar nichts, als ob es sie gar nichts angehe, was um sie herum vorgeht. Sie wird abgeführt. Wo blieb in diesem Falle die soziale Gerichtshilfe? Oder war sie etwa nicht nötig?

Mord bei Krummhübel. Der Mörder ein tschechoslowakischer Sträfling.

Der im Gebirge bei Krummhübel zur Erholung weilende Oberpfarrer Schöne aus Rodelsdorf wurde am Dienstag nachmittag auf dem Wege von der Hampelbaude nach der Kleinen Teichbaude erschossen aufgefunden. Die Leiche wies zwei Schüsse auf. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Raubmord. Zwei Männer hatten den Leberfall beobachtet und gesehen, wie der Pfarrer von dem Täter ins Gestrüpp geschleppt wurde. Als sie hinzukamen, war er bereits tot und der Täter verschwunden. Pfarrer Schöne ist verheiratet, 44 Jahre alt und seit dem 10. Juli vorigen Jahres in Rodelsdorf tätig. Der Verdacht, den Raubmord verübt zu haben, richtet sich gegen einen ehemaligen tschechoslowakischen Sträfling, der vor einigen Tagen aus einem tschechoslowakischen Gefängnis entlassen worden ist und sich im Gebirge herumtreibt. Dem Ermordeten wurde die Brieftasche mit 100 Mark geraubt. Die Sezierung der Leiche findet heute vormittag statt.

Der Mord hat in dem an Sommergästen vollen Krummhübel große Unruhe und Bestürzung hervorgerufen. Man darf hoffen, daß die tschechoslowakischen Behörden gemeinsam mit den deutschen die Fahndung nach dem Täter betreiben.

Königlicher Schulinspektor. In Stolp in Pommern noch zu finden.

Im Preussischen Landtag brachte vor kurzem der Abg. Hartwig (Soz.) folgende kleine Anfrage ein: In Stolp in Pommern befindet sich im Flur des Hauses Bismarckstraße 5, in dem der Schulrat Bornhagen wohnt, eine Tafel mit dem Verzeichnis der Mieter, auf der prangt: „Kgl. Kreis Schulinspektor Bornhagen“. Dieser Beamte scheint nach 9 Jahren Republik noch nicht zu wissen, daß er sich obige Bezeichnung nicht zulegen darf. Bezeichnend ist, daß die Regierung in Köslin gegen diesen Beamten noch nichts unternommen hat, trotzdem, wie berichtet wird, der Oberregierungsrat Berns im Hause des Schulrats Bornhagen verkehren soll. Ich frage: Was bedeutet das preussische Staatsministerium gegen diesen Beamten zu unternehmen?

Im Anschluß daran fragt der in der Beamtenschaft bekannte Herausgeber der „Allgemeinen Beamtenkorrespondenz“ Herr Dr. Rathke, ob denn in der letzten Zeit keine anderen Sorgen als diese vorhanden wären! Wenn Herr Dr. Rathke dazu schreibt, es sei zu bezweifeln, daß die Beibehaltung des alten Türschildes eine Gefährdung der Republik bedeute und deshalb eine besondere parlamentarische Anfrage ungerichtet ist, so müssen die Beamten, die ihren Eid auf die Verfassung ehrlich zu halten gewillt sind, erklären, daß allerdings ein Beamter in einem etwas anderen Verhältnis zum Staat stehen müsse als nur in dem rein materiellen eines Bürgers. Wer als Beamter 10 Jahre nach Ausrichtung der Republik noch nicht einsehen will, daß die Bezeichnung königlich in Verbindung mit der Amtsbezeichnung ein bewußter Affront gegen den Staat, der ihn bezahlt, ist, hat überhaupt das

Recht verweigert, sich noch Beamter zu nennen. Es wird endlich Zeit, daß die übergroße Langmut gegenüber derartigen Herren aufhört.

Sozialdemokratie hilft Oberschlesien. Sturmschäden über 15 Millionen Mark.

Nach den jetzigen Feststellungen sind die durch die Sturm- katastrophe in Oberschlesien entstandenen Schäden außerordentlich groß. Von sachverständiger Seite werden die Gesamtschäden in ganz Oberschlesien auf 15 bis 20 Millionen Mark beziffert. Im Landkreis Gleiwitz wird der Hauschaden allein auf zwei Millionen und der Forstschaden auf drei bis fünf Millionen Mark geschätzt. Die ober-schlesischen Wälder mit den kilometerweit gefnickten Baumreihen gleichen Schlachtfeldern. Viele Familien sind obdachlos geworden und mußten in Schulen und Sälen untergebracht werden. Die Stadtparlamente von Beuthen und Gleiwitz und der Kreisausschuß von Gleiwitz haben sich bereits mit den Unwettergeschäden befaßt und einmütig die sofortige Einleitung von Hilfsmaßnahmen durch Reich und Staat verlangt. Die großen politischen Parteien werden im Reichs- und Landtag Urantträge einbringen. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits im Preussischen Landtag einen Antrag zur Einleitung von Rettungsmaßnahmen eingebracht.

Die 20. Reichsfeuerwehrtagung. Behren aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechei.

Der 20. Deutsche Feuerwehrtag, der in den Tagen vom 6. bis 13. Juli in Breslau stattfindet, nahm am Freitag vormittag mit der Eröffnung der Feuerwehrausstellung in der Jahrhunderthalle seinen Anfang. Die Tagung ist die bedeutendste in der Geschichte des deutschen Feuerwehwesens. Dem Deutschen Reichsfeuerwehverband, dem die Behren aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei angehören, sind 34379 Feuerwehren mit 1702442 Kameraden angeschlossen. Die mit der Tagung verbundene Feuerwehrgeräteausstellung zeigt neben den modernsten Feuerlöschgeräten auch eine historische Abteilung. Fast an jedem Tage werden Übungen von schlesischen Feuerwehren stattfinden, so am Sonntag eine große Brandübung der Breslauer Berufsfeuerwehr. Am Sonntag vormittag werden sich über 20000 deutsche Feuerwehrlaute an einem Festzuge beteiligen. Die Hauptversammlung findet am Montag vormittag im Messehof des Ausstellungsgeländes statt.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenkamm zur Beseitigung langwieriger, überreichender Speisereste in den Zahnräumen und zum Weibhalten der Zähne. Die gel. gelb. Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1.25 M., für Kinder 70 Pf., in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung überall erhältlich.



Spürst Du die Ungunst Deiner Schönen,
Durch Tesma kannst Du sie versöhnen.

TESMA-TÜRKEN

58

Ein Frauenmord im sächsischen Wald.

Wer ist die Ermordete?

Ein Verbrechen, das vor acht Tagen in dem Sornziger Walde bei Altgeringswalde in der sächsischen Kreisbauernschaft Delpzig entdeckt wurde, beschäftigt auch die Landes kriminalpolizei Berlin.

Am 27. Juli fand man in einer Schonung unter jungen Fichten die nackte Leiche einer unbekannteren Frau, die mit Moos und Fichtennadeln zugedeckt und schon stark verwest war. Sie hatte wohl schon 2 bis 3 Monate dort gelegen. Nicht weit entfernt von ihr entdeckte man unter Baumwurzeln verstreut und ebenfalls mit Fichtennadeln zugedeckt mehrere Kleidungsstücke, die die Unbekannte getragen hat und die auf dem Rücken zum größten Teil aufgerissen sind. Nach dem Ergebnis aller Ermittlungen liegt ohne Zweifel ein Verbrechen vor. Für die Ergreifung und Ueberführung des Täters hat das Kriminalamt Chemnitz eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Die Ermordete mag etwa 30 bis 40 Jahre alt gewesen sein. Sie war mittelgroß und der Kleidung nach wahrscheinlich eine Landarbeiterin. Zur Feststellung der Persönlichkeit und zur weiteren Aufklärung können vielleicht auch Berliner Landarbeiter-Vermittlungsstellen beitragen. Wer etwas weiß, wird gebeten, sich bei der Inspektion A des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Ein prügelnder Polizeibeamter.

Unter der Anklage der Mißhandlung im Amte hatte sich gestern der Polizeioberwachmeister Paul Lemde vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. In der Nacht zum 16. November hatte er den Händler Förster in der Frankfurter Allee, der in der Trunkenheit großen Unfug verübt hatte, zwangsgewaltig auf dem Wege zum Revier soll sich nach der Behauptung des Angeklagten, der als Trinker und Krakeeler in der ganzen Gegend bekannte Förster, heftig gewehrt haben, so daß Gewalt angewendet werden mußte. Der Angeklagte bestritt aber, den Verhafteten mißhandelt zu haben und gab nur zu, daß er vielleicht „zufällig“ (?) gegen das Gesicht des Festgenommenen geschlagen habe. Der Zeuge selbst schilderte es anders. Er soll sofort mit dem Polizeigriff vorwärtsgerückt worden sein. Auf der Treppe zur Wache habe der Angeklagte mit Fuhrstritten „nachgeholfen“ und ihn mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen. Auch auf der Wache habe der Angeklagte ihn noch einmal gegen die Wand gestoßen. Der Polizeioberwachmeister Förster, der das Wachbuch führte, habe bei der ersten Vernehmung von dem Vorgang in der Wachstube nichts wissen wollen, sich später aber erinnert, daß Lemde sehr aufgeregt war und aus der Nase blutete. Möglicherweise sei er aufgestanden und habe Förster einen Stoß gegeben, so daß dieser zurücktaumelte. Der Angeklagte behauptete, daß er wegen seines Nasenblutens zum Spindkopf gegangen sei und den Mann nur habe „beiseite-schieben“ wollen. Ueber den Vorgang ist übrigens keine Eintragung in das Wachbuch gemacht worden. Förster, ein Mann von 43 Jahren, hat sich nach seiner Entlassung bei dem diensttuenden

Kinderrepublik Berlin-Brandenburg.

Abfahrt aller Kinderrepublikaner und ihrer Führer am Sonntag, dem 8. Juli, 10 Uhr 25 Minuten, Stettiner Bahnhof. Treffen 9 Uhr 15 Minuten am Pappelplatz (Invalidenstraße). — Die sozialistischen Arbeiter kommen zum Abschied der Arbeiterkinder.

Beamten gemeldet und ihm die Wunde gezeigt. Als er am nächsten Tage Ohrenschmerzen hatte, ging er zum Arzt, der eine Zerreißen des linken Trommelfells und eine Berührung am anderen Ohr feststellte. Der Sachverständige befandete auch vor Gericht, daß derartige Verletzungen nur von einem sehr harten Aufschlag oder einer Explosion herrühren können. Red. Rat Dr. Dyrenfurth billigte dem Angeklagten § 51 nicht zu, stellte aber eine starke Erregbarkeit bei ihm fest. Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Angeklagte, der in acht Jahren sich als tadelloser Beamter gezeigt habe, ein gewisses Mißgefühl verdiene. Ein Beamter dürfe aber schon im Ansehen seines Standes und des Staates, auch wenn er durch Mißverständnisse noch so sehr gereizt sei, sich nicht zu solchen Robeithandlungen hinreißen lassen, deshalb sei eine Geldstrafe nicht ausreichend, und er beantrage zwei Monate Gefängnis. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen Mißhandlung im Amte zu 100 Mark Geldstrafe.

Funkwinkel.

Zu Wochenendfahrten in die einzigartige Welt des Spreewaldes möchte der Vortrag von Georg Eugen Richter anregen. Nur zwei Bahnhöfe von Berlin entfernt und insofern günstiger Verbindungen bequem als Wochenendziel zu erreichen, liegt dieses wendische Volksgebiet mit seinem wunderbaren Baumbestand, seinen reizenden Wanderwegen, zu Lande vor allem aber auch zu Wasser bietet es ein mit Natur Schönheiten gesegnetes Reiseziel. Das wendische Volkstum hatte hier einen großen Teil seiner Urmüchigkeit bewahrt. Männer und Frauen tragen noch ihre farbenprächtigen Trachten, die wendische Sprache wird in den Familien gepflegt. Die Schilderungen des Vortragenden konnten wohl in manchem Hörer die Lust erwecken, eine Fahrt in den Spreewald zu machen. Leider erfuhren man aus den Ausführungen nicht die Kosten eines solchen Wochenendausfluges. — Ueber den Wert und die Bedeutung der „Frauengymnastik“ sprach Dr. Gustav Rüstow. Er betonte, daß Turnen ein anstrengender Sport ist, der nur für den gesunden Frauencörper in Frage kommt, Gymnastik aber darauf hinarbeitet, daß der Körper erst einmal gesund und leistungsfähig wird. — Ein sehr hochwertiges Abendkonzert bot Georg Sperl mit dem Frankfurter. Besonders erfreulich wirkte das Klavierspiel in C-Moll von Saint Saëns, dessen Solist Theophile Demitriou war, durch den vollen, edlen Klaverton. — Eine angenehme Unterhaltungsmusik brachte am Nachmittag die Kapelle Gebr. Steiner.

Übermals ein schweres Fehlurteil?

Unschuldig zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Breslau, 6. Juli.

Der Kaufmann Heppner aus Breslau ist im Februar vorigen Jahres vom Schwurgericht Breslau wegen Urfälschung, vollendeten und versuchten Betruges und Anstiftung zum wissenschaftlichen Meineid zu vier Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge vernommen zu werden, verurteilt worden. Durch den Verteidiger Heppners ist ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt und damit motiviert, daß sich in der Zwischenzeit Tatsachen ergeben hätten, die darthun, daß Heppner unschuldig sei. Der Oberstaatsanwalt hat daraufhin die sofortige Entlassung Heppners aus dem Zuchthaus verfügt. Das Wiederaufnahmeverfahren schwebt.

Reforderversuch der Junkers-Piloten.

Freitag abend 43 Stunden in der Luft.

Die Junkers-Maschine W 33, die unter Führung der Piloten Risticz und Zimmermann am Donnerstagfrüh zu einem erneuten Angriff auf den Weltrekord aufgeschleudert war, befindet sich noch immer in der Luft und der Flug verläuft bisher programmmäßig. Der Kurs wurde auf der Strecke Dessau-Beipzig und zurück regelmäßig imgehalten.

Am Freitagabend befanden sich die Piloten 43 Stunden in der Luft. Sie hatten bis dahin etwa 5000 Kilometer zurückgelegt. Der Versuch kann als gescheitert gelten, wenn die Landung nicht vor Sonnabend nachmittag 5 Uhr zu erfolgen braucht.

Todessturz einer deutschen Turnseißläuferin.

Wie wir kürzlich berichteten, wurden in Redcar in England die Mitglieder der deutschen Orion-Truppe durch eine einsehende Bö vom Seil geschleudert. Die Turnseißläuferin wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Jetzt kommt aus England die Nachricht, daß die Artistin ihren schweren Verletzungen erlegen ist. Es handelt sich um die deutsche Artistin Elsa Runn, die am 4. Oktober 1905 in Freiburg i. Br. geboren wurde. Die junge Artistin war außerordentlich beliebt, was besonders bei dem Leichenbegängnis in Redcar zu bemerken war, an dem sich auch die Bewohner sehr zahlreich beteiligten.

Spielplanänderung. Die im Deutschen Künstlertheater für heute abend angelegte Premiere der Holländer-Oper „Es kommt jeder dran“ ist auf Mittwoch, den 11. Juli, verlegt worden. Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

Wetterbericht der Hessischen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachr. verb.). Etwas kühler, wechsell. bewölkt, zeitweise heiter, keine wesentlichen Niederschläge. Mäßige westliche Winde. — Für Deutschland: Ueberall kühler, in der westlichen Hälfte des Reiches wieder Wetterbesserung, Niederschläge besonders im Süden.

Bilanz der Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.

Vermögen am 31. Dezember 1927		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
Kasse, Postscheck u. Bankguthaben in lfd. Rechnung	237 401,31	Aktienkapital	15 000 000,—
Materialien	9 359 657,49	Gesetzlicher Reservefonds	1 500 000,—
Wertpapiere und Beteiligungen	2 538 670,89	7% Franken-Anleihe v. 1925	24 116 695,35
Schuldner	16 926 426,78	6 1/2% Amerika - Anleihe I von 1926	12 600 000,—
Kapitalverpflichtungskonto der Stadt Berlin	173 263 297,51	6 1/2% Amerika - Anleihe II	84 000 000,—
Vorauszahlungen auf Versicherungen	452 889,24	Gläubiger	43 520 823,17
Interner Tilgungsfonds für die Frankenanleihe	1 585 176,—	Rücklage für Werkerhaltung	16 892 074,19
	204 363 519,22	Rücklage für besondere Betriebsverbesserungen	598 136,19
		Rücklage für Umschaltungen	1 200 000,—
		Rücklage für Delkrederer	500 000,—
		Pensionsrücklage für Beamte und Arbeiter	2 500 000,—
		Reingewinn: 10% Dividende auf RM 15 Millionen	
		Stammaktien 1 500 000,—	
		Vortrag auf neue Rechnung	435 790,32
			1 935 790,32
			204 363 519,22

Gewinn- und Verlustrechnung der Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.

Ausgaben am 31. Dezember 1927		Einnahmen	
	RM		RM
Kosten für Betrieb und Strombezug	35 610 159,45	Stromlieferung	115 732 422,36
Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten	10 509 100,57	Vermietete Anlagen	95 173,74
Umschaltungen	2 459 932,49	Wohngebäude	554 973,92
Anlagen-Prüfungskosten	1 663 757,—	Gewinn aus Wärmelieferung	88 665,60
Handlungskosten	5 212 841,72	Gewinn aus Eislieferung	63 018,61
Steuern	2 550 368,20	Kursgewinne aus Wertpapieren	6 959 990,85
Zinsen einschl. Anleihezinsen	8 157 193,66	Gewinn-Vortrag	406 197,82
Abgabe an die Stadt Berlin	11 516 761,53		
Sonderabführung an die Stadt Berlin	7 147 000,—		
Zuweisung an das Kapitalverpflichtungskonto der Stadt Berlin	6 959 990,85		
Disagio und Unkosten bei Aufnahme der Auslandsanleihen	129 039,9		
Ordentliche Abschreibungen	16 877 788,02		
Rücklage für Werkerhaltung	12 000 000,—		
Rücklage für Delkrederer	134 323,28		
Rücklage für Pensionen der Beamten und Arbeiter	1 166 266,99		
Reingewinn	1 935 790,32		
	124 030 313,77		124 030 313,77

In Hermsdorf (Thür.) finden Sommergäste gute und recht preiswerte Aufnahme. Hermsdorf ist umgeben von großen Nadelwäldern, bietet prächtige Spaziergänge in der Umgebung und hat ein neugebautes, staubfrei gelegenes Gemeindefreizeitbad, das den höchsten, neuzeitlichen Anforderungen entspricht. Bequeme Halb- und Tagesausflüge nach Jena, Weimar, Saalfeld, Erfurt, Gotha und Eisenach sind möglich. Autopost nach Eisenberg und St. Gangloff. Mietauto im Ort. Post Hermsdorf (Thür.), Bahnhof Hermsdorf-Hörsinghaus. Anträge a. d. Gemeindevorstand (Rathaus).

Waldstadt Fürstenwalde

Tagungsort u. Ausflugsziel der Gewerkschaften und Vereine. Meilenweite stadteigene Wälder.

SAISON AUSVERKAUF

Jimmer noch bei

Tack
E. CIE A.-G. BURG b/M

Herren-Halbschuhe, Rindbock, in schwarz 8⁹⁰
in braun 9⁸⁰

Lackspangenschuh, sportes Modell 7⁹⁰

Mädchen braun Rindbock-Spangenschuhe, feigerechte Form, Gr. 31/35 6.90, 27/30 5⁹⁰

Dam.-Spangenschuhe, hellmode mit amerik. Abs., in schwarz Doroal mit dem beliebten Traxteur-Absatz 8⁹⁰

Dam.-Spangenschuh mit geschweif. Abs., in beige, rosa und mauve 9⁸⁰

Herren-Lackhalbschuh, weiß gedoppelt 10⁹⁰

Herren-Halbschuhe, braun u. schwarz, beste Rahmenarbeit 12⁵⁰

Liwera-Strümpfe
Mako-Finish-Strumpf 95 P.
kristallidener Damenstrumpf 95 P.
Herren-Fantasio-Jacquardsocken 65 P.

125 eigene Verkaufsstellen, davon 16 in Groß-Berlin und Potsdam:

C. Spittelmarkt 14	N. Rosenhaier Str. 14	SO. Oranienstr. 2a	Charlottenbg., Wilhelmstr. 122
N. Brunnenstr. 37	NW. Turmstr. 41	SO. Wrangelstr. 49	Friedenau, Rheing. 47
N. Danziger Str. 1	NW. Wilsnacker Str. 22	SW. Friedrichstr. 246/41	Neukölln, Bergstr. 12
N. Friedrichstr. 130	O. Andreasstr. 30	W. Potsdamer Str. 30	(Ecke Steinmetzstraße)
N. Mülberstr. 2	O. Frankfurter Allee 22	(an der Kurfürststr.)	Potsdam, Brandenburger Str. 24

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Freitag, dem 6. Juli.

1. Rennen. 1. Oberstleutnant (Ringler), 2. Barone (Rindnabel jr.), 3. Felsch (H. Wills). Toto: 24:10. Platz: 12, 11, 12:10. Ferner liefen: Jddh, Delbrück, Garmant, Nordes, Heliotrop, Diamant.

2. Rennen. 1. Bismarck (Kautenberger), 2. Marientahl (Edert), 3. Rotal (Edert). Toto: 25:10. Platz: 16, 26, 17:10. Ferner liefen: Michael, Zufriedener, Ropete, Heibelmann, Dants, Ida Palos, Raabach, Grogmogul.

3. Rennen. 1. Glädspiegel (H. Wills), 2. Beate (Rindnabel jr.), 3. Paterna (Kautenberger). Toto: 182 (Beate): 10. Platz: 48, 60 (Paterna), 59 (Glädspiegel): 10. Glädspiegel lief ohne Wettten. Ferner liefen: Weiblad, Salome, Helmsen, Kroschel, Dolman, Rutz 2, Baron Gabier, Schöler, Leddy, Lubina, Heuchlifer.

4. Rennen. 1. Cotta (Schleusener), 2. Rodung (Rauh jr.), 3. Königshaber (Kautenberger). Toto: 30:10. Platz: 26, 22, 28:10. Ferner liefen: Ehrenberg, Alpengel, Natalis, Johannisfächer, Trolteur.

5. Rennen. 1. Calere (Edert), 2. Salabu I (H. Wills), 3. Kroja (Kogostski als 1. Bild). Toto: 26:10. Platz: 13, 15:10. Ferner liefen: Wendenfarn.

6. Rennen. 1. Graf Dorn (Edert), 2. O'Captain Beerberg (Edert), 3. Grifa (Edert). Toto: 26:10. Platz: 19, 27, 23:10. Ferner liefen: Offi, Ursprung jr., Mona W., Barmaid, Hellma, Importeur, Goublier jr.

7. Rennen. 1. Wiles (G. Jauh jr.), 2. Rauhaga Bob (Holland), 3. Silberpappel (Edert). Toto: 23:10. Platz: 23, 26, 20:10. Ferner liefen: Morgenstunde, Leucht, Rojemarie, Wana, Gelamit, Fritz Palmetto, Constance, Idealrat, Biede.

8. Rennen. 1. Jann (Krumm), 2. Edparlette (Schleusener), 3. Fredegundis (H. Wills). Toto: 37:10. Platz: 19, 22, 19:10. Ferner liefen: Trottler, Hartenmädchen, Elly Dillon, Dancing Girl, Campania, Gerit, Willi Dage.

9. Rennen. 1. Anterbellant (Edert), 2. Flamingo (G. Jauh jr.), 3. Roblenkönig (Liphan). Toto: 103:10. Platz: 43, 25, 45:10. Ferner liefen: Copal, Langemann, Good Boy, Angriff, Sajanova, Dolerit, Hebelprinz I, Friedrich Rex, Gledelied.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebaststr. 37/38, Hof 2 Z. 2.
Sonabend, 7. Juli, Friedrichshain: 18 1/2 Uhr Antreten mit Musik und Fahnen auf den Sammelplätzen der Kameradschaften. Pflichtveranstaltung. Folgendes Kameradschaften Vorhaben und Truppenabzug 18 Uhr im Lichtentwerfer Vereinshaus, Frankfurter Allee 22, Sommerfestfeier. Antreten 20 Uhr, Rosenhain: 20 Uhr Sitzung bei Feische, Riederstr. 4, Wittenauer: 20 Uhr bei Toban, Danzigerstr. 10, Hausstraße, außerordentlicher Jahrestag. — Sonntag, 8. Juli, Ritzsch Antreten 15 1/2 Uhr Peterburger Platz. Teilnahme am Volksfest des Deutschen Reichsbundes, Neues Volksgarten, Riederstr. 28. Kameradschaften, welche nach Wittenau gehen, treffen sich um 5 Uhr Weidenauer Bahnhof, Friedrichshain; Antreten 15 1/2 Uhr mit Musik und Fahnen

auf den Sammelplätzen der Kameradschaften. Wittenauer: Abfahrt 12 30 Uhr Bahnhof Adlershof zur Teilnahme an der Gründungsfeier in Neu-Schulendorf bei Senften. Kreis Wittenau: Die Ortsvereine beteiligen sich am Volksfest des Deutschen Reichsbundes in Neues Volksgarten, Riederstr. 28. — Montag, 8. Juli, Kreuzberg: Kamerad Rudolf Schimmelplennig ist an den Folgen eines Straßenunfalls gestorben. Einbürgerung 18 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstraße. Jugend III: 20 Uhr Versammlung im Jugendheim Pfingstbergstr. 126. Stetig (Kameradschaft): 20 Uhr Versammlung bei Schulz, Riederstr. 28. Jungfrauen laden ein. — Wedding: Kameradschaften, die an der Verlobungsfeier in Frankfurt a. M. teilnehmen wollen, werden sich umgeben bei Kamerad Müller, Uferstr. 12. — Neukölln-Weiß, 1. Kameradschaft: Sonntag, 15. Juli, Dampfverbot nach Grünengarten. Abfahrt 8 Uhr ab Wittenauerbrücke. Karten rechtzeitig bei den Funktionären entnehmen, da sonst vergriffen.

Weseler-Kameradschaften-Club, Bezirk Kreuzberg, Sonnabend, 7. Juli, von 18-22 Uhr, Mitgliederversammlung im Jugendheim Berlin S. 14, Weiser Straße 21-20. Vorträge der Genossen Dr. Franke und Dr. Jael, danach Sauerporträte.
Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegesinvaliden, Weidenauer, Wedding, Mitgliederversammlung Montag, 9. Juli, 20 Uhr, Chausseest. 64, Vahnenbohrer.

Eine originelle Aktion, die von dem Werbe-Geographen Hans Eichenhacht erdacht ist, hat sich die Deutsche Reichsbanner-Gesellschaft geleistet. Es werden nämlich von 100 Schulen in Groß-Berlin Windmühlen, die auf dem Kopfe zu tragen sind, verteilt. Die Freude der Kinder und der Kulturm auf die Verteilung ist enorm und den Vorkriegskindern bietet sich ein recht hübscher Anblick, wenn Hunderte und vor manchen Schulen sogar Tausende von Kindern mit den Windmühlen am Kopfe durch die Straßen laufen. Der Streifen der Windmühle trägt den Text: „Gebt uns Reichens-Speisen“.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonntag, 7. 7. 28
Staats-Oper
Unter d. Linden
Ab.-V. 61.
Ant. 20 (8) Uhr
Bohème
Ferienhalber geschlossen!

Sonntag, 7. 7. 28
Städtische Oper
Bismarckstr.
Ab.-V. 61.
Ant. 20 (8) Uhr
Bohème
Ferienhalber geschlossen!

Staats-Oper
Am PLG. Republ.
Ab.-V. 60.
Ant. 19 1/2 (7 1/2) U.
Oedipus Rex
Petruschka
Ferienhalber geschlossen!

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzg.
Ferienhalber geschlossen!

Volksbühne
Theater am Blauwäldl/Th. am Schilffeldendamm
8 1/2 Uhr
Orpheus in der Unterwelt
Der
Kuhhandel

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
„Mutter uff Reison“
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstagsfest!
(Saal und Garten)
Gr. Varietè-Programm, Konzert, Tanz.

Sonntag, 8. Juli
Wahl der
SOMMERKÖNIGIN
im
LUNA PARK

Reederei Kieck
Falckensteinstraße 49 Tel. Moritzplatz 8197
Ab Oberbaumbrücke täglich (auß. Sonnh.) auch nachm.
herrliche Dampferfahrten

9 Uhr früh u. 1 nach Woltersd. Schleuse
2 Uhr mitt. u. 1 nach Neu-Heringsdorf
Tägl. 9 Uhr früh u. 1 nach Grünheide mit Rood. b. AN-Bucherei Kinder 1.— M.
Tägl. 9 Uhr früh u. 1 nach Forsthaus Tempolin
Tägl. 9 Uhr früh u. 1 nach Forch a. Schwielowsee
Abfahrt 9 1/2 Uhr früh nur ab Charlottenburg, Tegeler Weg (näh. Landger. III, zwisch. Stadthof, Jungfernh. u. d. Schloßbr.)

POST-STADION
WINDHUNDRENNEN
HINTER DEM ELEKTRISCHEN HASEN
„ODOL“-PREIS
Sonabend, d. 7. Juli, abends 8 30 Uhr
Volkstüml. Preis: 30 Pf., Arena-Sitzplatz 50 Pf., Tribüne 3.— M., Logenplatz 5.— M.
VERBINDUNGEN Z. POST-STADION, LEHRTER STR. 57 A) STADTBÜHNEN-LEHRTER BHF. STRASSENBAHN: 11, 13, 13 A, 15, 21, 23, 44, 66, 113, 116. AUTOBUS: 10, 11, 15. RENOVIERUNGS-VEREIN: Windhundrenn.-Gesellschaft, NW 7, Unter d. Linden 44. — Fernsprecher: Morik 2158-50

Deutsches Theater
Norden 12 310
1 U. Ende nach 10 1/2
Artisten
Regie Max Reinhardt
Die Komödie
Bismarck 2414/7316
9 1/2 U. Ende 10 1/2 U.
Es liegt in der Luft
Revue von Schiller.
Musik v. Spillansky

Berliner Theater
Zentralstr. 53/51, 90a, 178
9 1/2 U. Ende nach 10 1/2
Lehrspiel d. Deutschen Th.
Der Prozeß
Mary Dugan

Salleburg-Söhne
Dra. Künstler-Th.
Wegen Vorbereitung
zur Premiere bis 10. Juli
10. Juli geschlossen!
Mittwoch, 11. Juli
Premiere
Es kommt jeder dran!
Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
„Spiel im Schloss“

Theater des Westens
8 1/2 Uhr
Lori Leux in
Die
ungekübte Eva
Operette in 3 Akten.
Regie: Martin Knopf.
Eise Böttcher,
Kiper, Neruda,
Stephanik

Kleines Theater
Heute 8 1/2 Uhr
Letzte Vorstellung!
Kaiser-Tietz
Lothar Kinder
in
Galante Nacht!
Sonntag 8 1/2 Uhr
Premiere
Sprungbrett der Liebe
Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Reise durch
Berlin in 40 Stunden.

Frauen, denen die Mode als anspruchsvolle Herrin erscheint,

sagen:



„Verwenden Sie Lux Seifenflocken, sie helfen sparen und verhüten Schaden.“

Manches schöne Kleid wird beim Waschen ruiniert; viel Geld geht dabei verloren. Viele Frauen haben nach solchen schlechten Wascherfahren den rechten Weg gefunden und verwenden jetzt nur noch Lux Seifenflocken. Sie wissen, dass ihre kostbaren Seidensachen und all die feine Wäsche in der reinen, schonenden Schaumlösung von Lux Seifenflocken unbedingt geborgen sind. Lux Seifenflocken sind doppelt so ergiebig und doppelt so wirksam. Sie sind auch doppelt so zuverlässig; sie schonen und erhalten Ihren kostbaren Bestand an feiner Wäsche. Darin sind Lux Seifenflocken einfach unvergleichlich. Sie enthalten eben nichts Scharfes und Schädliches für Gewebe und Hände. Jedes mit Lux Seifenflocken gereinigte Kleidungsstück zeugt dafür, wie vollkommen dieses einzigartige Waschmittel jedes einzelne Fädchen schützt. Ihre feine Kleidung, die Sie soviel kostet, braucht geradezu Lux Seifenflocken, wenn sie Ihnen recht lange Freude bereiten soll.



LUX SEIFENFLOCKEN
Lx 226/210

NEU UND WERTVOLL!
Die drei anschaulichen Haushalts-Lehrkurse des neuen Sunlicht-Instituts Mannheim—je 12 Hofe—können alle Verbraucher von Sun, Sunlicht Seife, Lux Seifenflocken und Vim kostenlos beziehen. Verlangen Sie Prospekt.

Residenz-Theater
Blumenstr. 8
Täglich 8 1/2 Uhr
Skandal im Bett!
Sittenschwank in 3 Akten
In der Hauptrolle Eitriede Merzian
Jugendliche haben keinen Zutritt!
Parkett auch Sonnt. 4.— Mk.
nur 1.— Mk.

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Wirt vom Heldekrug
Ein lustiges Spiel m. Gesang u. Tanz m. d. neuesten Schlägern
Park. auch Sonntags 4.— Mk.
nur 60 Pf.

Rose-Theater
Gr. Frankl. Str. 11
8 1/2 Uhr
Sensat. und heiler Teil
7 Uhr
Freude, schöner Götterfunken
8 1/2 Uhr
Der Fürst von Pappenheim
Berliner Prafer
Kastanienallee 7/9
Täglich 7 1/2 Uhr
Die Kausche Susanna
Außerdem:
Konzert, Varietè.
Ant. 5 U., Sonnt. 4 U.
Tanz, Kalleckchen.

Komische Oper 8 1/2 Uhr
JAMES KLEIN'S
gewaltiges neues Revue-Stück:
Zieh' dich aus!
209 Mitwirkende.
Vörverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Leinen aus Irland
Komödienhaus
Heute
8 1/2 Uhr
Broadway

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 8 Tel. Mpl. 100 77
Täglich 8 Uhr
Elite-Sänger
allabendlich
Bombenerfolg!
Lachen ohne Ende.
u. a.: „Wasserball“
sowie der unvergleichliche Solistell.
Berliner Prafer
Heute großer Sondertag
„Die Kausche Susanna“
Einheitspreis 70 Pf.
Kastanien Allee 7-9
25 Pf. Kinder
Abend: Konzert, Varietè, Tanz, Kalleck.
Wir verschenken
1 goldene Dargen-
Armbanduhr, 1 Herrenfahrrad, 1 Re-
necessaire und außerdem 20 Trostpreise

Wosperst man aus d. Billig?
Nur
Groß-Berlin
Alexandriaplatz
Von Besten des Godes!
Denkbar feinste
Butter 1.80
Wagner, B-711-50
Mariannenstraße 34
Hausnummer addiert!
Landparzellen
Im von 1 Bst. an
erlaubt unter gün-
stigen Bedingungen
Landw. Wagners
Schönow, Bab-
statten Gemark.

Renaissance-Theater
Steinplatz 101
8 1/2 Uhr
Das Bett

Kavaliers von der Ruhr.

Eine unerfreuliche Ferngasdiskussion.

Die Zechenherren von der Ruhr bzw. ihre beauftragten Generaldirektoren und Syndizi scheinen gewöhnliche Gasfreundschaft auch dann, wenn sie von ihnen selbst angeboten ist, nur voll erfüllen zu können, wenn der Gasfreund restlos sich ihren Interessen beugt. Diese Erfahrung dürfte der Vizepräsident des Deutschen Städtebundes Dr. Elsas aus einer Diskussion mitgebracht haben, die sich im Anschluß an ein von ihm gehaltenes Referat über „Ferngasversorgung und Wirtschaft“ auf einer am 3. Juli abgehaltenen Tagung der Wirtschaftsstelle des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen abgespielt hat.

Dr. Elsas hat die gewiß immer zu begrüßende Verständigungsabsicht des an der Zechenferngasversorgung der Ruhr interessierten sogenannten Rangnamvereins in dem von ihm erstellten Hauptbericht der Tagung richtig dahin verstanden, in richtiger Sachlichkeit vom Standpunkt der Öffentlichkeit aus das Ferngasproblem zu erörtern. Keineswegs wollen wir bereits die Entscheidung gerade von Dr. Elsas durch die Ruhrleute, dessen Stellungnahme unseren Lesern bekannt ist, als ein Moment der Schwäche für die Position der Ruhrzechen bezeichnen.

Dr. Elsas hat seine volkswirtschaftliche Anschauung über das Problem dahin präzisiert, daß für diejenigen Bezirke, in denen Kohlenförderung und Gasverbrauch räumlich zusammenfallen oder eng benachbart sind, der Ausbau der Gasversorgung durch Zechengas technisch möglich sei. Deren volkswirtschaftliche und kommunalpolitische Zweckmäßigkeit hänge aber von der Ausgestaltung der Verträge ab, wobei vom öffentlichen Standpunkt die Möglichkeit zur Eigenherzeugung, die Sicherung der besonderen kommunalen Bedürfnisse sowie der Lichtsonnerwerke und des Gewerbes, Abmachungen über die Preisgestaltung, Ausschließungs- und Weisbegünstigungsklausel sowie die Sicherstellung des Kohlebezugs notwendig sind, damit, daß den öffentlichen Interessen in vollem Ausmaß genügt wird.

Die Position der Ruhrzechen muß aber in der Tat nicht sehr stark sein, denn Direktor Baum von der Ruhrgas-L.G. der früheren L.G. für Kohleerwertung in Essen, antwortete ebenso gerecht als unhöflich, soweit die uns vorliegenden ausführlichen Berichte der den Zechen nahestehenden Presse das erkennen lassen.

Sicher für das preussische Handelsministerium interessant ist die Feststellung von Dr. Baum, daß in einem

Zeitraum von vier Monaten das frühere R.W.G. Netz bereits um 100 Proz. mehr Gas durchgeleitet hat. Ebenso lustig als falsch war seine Bemerkung, daß kommunale Interessen sich schon lange mit den Interessen der Verbraucher nicht mehr decken. Die Verbraucher, sagte er, müssen unter allen Umständen nur billiges Gas, gleichviel, woher es kommt. Das ist gewiß richtig. Herr Dr. Baum hat aber kein Wort darüber verloren, was denn die durch Sonderverträge mit Gas belieferter Industrie folgen wird, wenn die Masse der Verbraucher in den von ihnen gezahlten Gaspreisen die Abgaben der öffentlichen Werke nicht mehr dem Steuerfiskus zuführen mit der Folge, daß die Industrie weniger Steuern zu zahlen hat. Möchte Herr Dr. Baum in allem Ernste die kommunale Besteuerung der Industrie erhöht sehen?

Allerdings ist Herr Dr. Baum auch um die Steuerzahler besorgt. Er meint nämlich, daß man die in den Preisen der Nebenherzeugung liegenden Schwankungen dem Steuerzahler nicht zumuten dürfe. Diese Schwankungen sind so unangenehm, daß Herr Dr. Baum sie gern für die Ruhrzechen einschließlich der gesamten Nebenproduktherzeugung monopolisiert sehen möchte. Im Gegensatz zu Herrn Dr. Baum vermögen wir bellerbe nicht einzusehen, weshalb öffentliche Gaswerke keine hemmenden und industriellen Betriedungsanstalten von größter Bedeutung sein sollen? Das würde den Interessen der Verbraucher, da die Gaspreise am wirksamsten durch Nebenproduktverwertung gesenkt werden können, gewiß nicht widersprechen.

Herr Dr. Baum wurde natürlich in seiner in jeder Hinsicht unzulässigen Kritik von seinen Kollegen und einigen in ihrer Meinungsäußerung durch die örtlichen Nachbarkommunen sehr gehemmt. Ruhrbürgern unterstellt. Für die Öffentlichkeit ist die Feststellung des Generaldirektors Venzel-Hamborn, der auch im Kohlenyndikat eine Rolle spielt, von beachtlichem Wert, daß vor jeder Gruppenversorgung die Ferngasversorgung selbst zu entwickeln sei. Wir können daraus nur die Bestätigung der von der Ruhr geleugneten These entnehmen, daß das Ziel der Ruhrzechen das Monopol ist. Den Eindruck haben wir wahrlich nicht von dieser Diskussion, den die ruhrfreundliche Presse ihr unterstellen möchte, daß der deutsche Städtebund nach dem von der Ruhrgas-L.G. anageschlagenen Ton den Ruhrprojekten nunmehr freundlicher gegenüberstehe.

Wer ist Woolworth?

Zur Einrichtung eines Woolworth-Kaufhauses am Kottbusser Damm.

Nachdem schon seit mehr als Jahresfrist im Norden Berlins (Müllerstraße 153/154) ein Woolworth-Laden existiert, soll nunmehr nach gleichem Prinzip am Kottbusser Damm in einem vierstöckigen Geschäftshaus, in dem sich bisher eine Möbelfabrik befand, eine größere Verkaufsstelle eingerichtet werden. Verwaltet werden diese Geschäfte von der F. W. Woolworth Co. G. m. b. H., einer Tochtergesellschaft der amerikanischen Woolworth-Gesellschaft. Diese Tochtergesellschaft wurde im Januar 1927 in Berlin gegründet, nicht nur zum „Erwerb und Betrieb von Warenhäusern“, sondern auch zum Ankauf und Verkauf von Waren für Ausfuhr und Einfuhr, für die Herstellung von Waren usw.

Das Programm der Gesellschaft umfaßt nicht nur den Handel, sondern auch die Produktion. Schon 1925 wurde in Sonneberg, dem Zentrum der thüringischen Glas- und Spielwarenindustrie, mit dem Bau eines Großkaufhauses durch Woolworth begonnen. Im August 1927 wurde in Bremen ein Geschäft eröffnet, kurz darauf die erwähnte Niederlassung im Norden Berlins. Im April dieses Jahres wurde der Erwerb einer Schokoladenfabrik (Holer-Schokoladenwerke A.-G., Homburg) bekannt. Die weiteren Pläne, die diese Gesellschaft hinsichtlich des deutschen Marktes hat, sind großartig: nicht weniger als 200 Woolworth-Läden und Warenhäuser sollen in nächster Zeit in Deutschland eröffnet werden. In England bestehen bereits 400 Läden der gleichen Gesellschaft.

Das Prinzip, durch das Woolworth in Amerika groß wurde, beruht in der Verbindung der Vorteile des kleinen Spezialgeschäfts mit dem des großen Warenhauses. Man sieht auf möglichst billige Miete, einfache Verwaltung, beschränkt sich auf eine bestimmte Anzahl Waren, verzichtet auf luxuriöse Einrichtung — wie das keine Spezialgeschäft. Andererseits erfolgt der Einkauf in allergrößtem Maßstab, und da teilweise auch Produktionsbetriebe der Gesellschaft gehören, so werden nicht nur die Gewinne des Großhandels, sondern auch die des Produzenten miterfaßt. Verkaufshäuser dieser Art heißen in Amerika Chain-Stores, d. h. Kettenläden.

Woolworth ist keineswegs das einzige Unternehmen dieser Art geblieben, wohl aber das größte. Die Verwaltung der riesenhaften Gesellschaft, die sich innerhalb weniger Jahrzehnte auf diese Weise entwickelt hat, befindet sich in New York in Woolworth-House, dem größten Wolkenkratzer New Yorks und damit der Welt. Zu Beginn des Jahres 1926 gab es in den Vereinigten Staaten 1423 Woolworth-Geschäfte, Anfang 1927 waren es schon 1480. Der Umsatz der Gesellschaft belief sich 1926 auf 254 und 1927 auf 278 Millionen Dollar, also auf rund 1,15 Milliarden Mark. Der jährliche Reingewinn beträgt etwa 30 Millionen Dollar, d. h. rund 120 Millionen Mark. Es ist klar, daß bei solchen Gewinnen die Ausdehnung mit Riesenschritten weitergetrieben werden kann.

Schon die großen finanziellen Erfolge der Woolworth-Gesellschaft regten deutsche Warenhauskonzerne (insbesondere Karstadt und Dehnard Lich) an, nach gleichem Muster „Einheitspreisläden“ zu errichten. Daß der deutsche Kleinhandel in dieser Entwicklung und insbesondere in der beabsichtigten Expansion des Woolworth-Konzerns eine Gefahr sieht, ist selbstverständlich. Doch sind die Kleinhandwerker keineswegs die einzigen Leidtragenden bei dieser Entwicklung. Hierher gehören auch die Angestellten, da das Woolworth-Prinzip darin besteht, Verkauf und Buchführung so einfach und primitiv wie möglich zu gestalten, so daß fast durchweg Angestellte (ziemlich ausschließlich weibliche) ohne besondere Vorkenntnisse verwandt werden. Der Lohnanteil am Umsatz ist infolgedessen hier geringer als bei anderen Verkaufssystemen.

Die beste Form der Konkurrenz, wie sie auch im Interesse der breiten Arbeiterbevölkerung liegt, ist der verstärkte Ausbau der Konsumgenossenschaften. Diese vereinigen alle Vorteile der billigsten Warenverteilung in sich: Größter Einkauf und Eigenproduktion, reichliche und billige Finanzierung, dauernde und wirksame Kontrolle der Käufer, und außerdem anständige Löhne und Arbeitsbedingungen für die Angestellten und den Wegfall des privaten Profits.

Landarbeiterlöhne und Getreidepreise.

Falsche Behauptungen.

In den letzten Monaten konnten in einigen Teilen des Reiches kleine Bohnerhöhungen für die Landarbeiter erzielt werden. Die Folge ist, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer jetzt von neuen Opfern sprechen, die sie damit den Landarbeitern darbringen.

Nachstehend geben wir an, um wieviel Prozent der Gesamtstundelohn der landwirtschaftlichen Deputatarbeiter in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien gegenüber dem Stand Ende Mai 1927 gestiegen bzw. gefallen ist. Wir fügen uns dabei auf die amtlich anerkannten Lohnübersichten des Deutschen Landarbeiterverbandes, wie sie in der wissenschaftlichen Zeitschrift dieser Organisation „Landarbeiter-Archiv“ zu finden sind. Daneben zeigen wir auf, um wieviel Prozent der durchschnittliche Preis des Roggens, des Weizens, der Gerste und des Hafers im Wirtschaftsjahr 1927/28 gegenüber dem durchschnittlichen Preis im Wirtschaftsjahr 1926/27 gestiegen bzw. gefallen ist. Die Preise sind unter Zugrundelegung der täglichen Notierungen an der Berliner Produktenbörse errechnet worden.

Die Verwendung der Durchschnittspreise für die Beweisführung kann nicht falsch sein, weil sie nach unseren Beobachtungen ungefähr den Getreidepreisen nahekommen, wie sie sich zur Zeit des stärksten Getreideabfalles (November bis Februar) ergeben.

Die Löhne der landwirtschaftlichen Deputatarbeiter sind gegenüber Ende Mai 1927 erhöht um 6 Proz. in Ostpreußen, von 35,13 auf 37,48 Pf.; um 11 Proz. in Pommern, von 40,16 auf 43,98 Pf.; um 5 Proz. in Schlesien, von 38,61 auf 40,29 Pf. In Brandenburg ist infolge des Rück-

Diese Zustände werden selber offen vom Staat gedeckt. In den Ein- und Auswanderungsverträgen, die Frankreich 1919 und 1920 mit Italien, Polen und der Tschechoslowakei abschloß, steht sogar, daß auch die einwandernden Stallschweizer, Ochsentreiber und Fuhrleute als Schlafraum nicht mehr beanspruchen dürfen als einen Stall. Es muß nur in ihm ein Bett stehen, mit Strohsack, Kissen und Decke. Ist aber wenigstens dies immer vorhanden?

So heißt es auch in dem Bericht, den das Mitglied der Landwirtschaftskammer Pierre de Viel Colfer dem Kongress erstattete: „Es ist ganz außergewöhnlich, besondere Bauten für die Landarbeiter zu sehen, wo sie eigene Zimmer und gute Möbel haben. Immerhin gibt es das ganz vereinzelt, besonders in der durch den Krieg zerstörten Gegend. Zum Weiterkommen auf diesem Wege geben die landwirtschaftlichen Kreditinstitute Anleihen zu einem sehr mäßigen Zinsfuß aus, zu 5 oder 2 Proz., tilgbar in 15 oder 25 Jahren. Aber von diesen Anleihen wird nicht viel Gebrauch gemacht. So ist von den Forderungen, die für das ländliche Wohnungswesen auf dem Kongress aufgestellt wurden, noch nicht eine einzige in Frankreich verwirklicht (Wasserleitung in jedem Hause, Wasserloset, elektrisches Licht, gefälliges Aussehen der Wohnräume und größere Entfernung von den Ställen, Wohnküche, ein Schlafzimmer für die Eltern und je eines für Söhne und Töchter, dazu möglichst ein kleiner Küchengarten, ein Geräteschuppen, ein Holz- und ein kleiner Viehschuppen). Man weiß noch nicht, ob sich die neuen Reformideen hier von selbst durchsetzen oder ob, was wahrscheinlicher ist, irgendwelche behördliche Maßnahmen dazu notwendig sind. Ferner steht noch dahin, ob die Privatinitiative diese Reformen durchführen kann oder ob eine finanzielle Unterstützung durch die Gemeinden notwendig ist.“

So ist die Aussicht, daß sich bald im französischen Wohnungswesen vieles ändern werde, sehr gering. 18 Proz. der französischen Familien haben nur ein einziges Zimmer als Wohnung. Große Familien erhalten für ihre Unterbringung immerhin besondere Unterstellungen. Während in Wien keine besonderen Maßnahmen zur Unterbringung der Allerärmsten getroffen zu werden brauchen, weil dort die Mieten niedrig gehalten wurden, spielt in Frankreich die Frage des Wohnungswesens der Ärmsten in Stadt und Land eine Hauptrolle. Der jetzt in Paris tagende Kongress hat so für die Franzosen eine ganz besondere Bedeutung.

Sachlieferung für französischen Wohnungsbau

Der staatliche Wohnungsbauplan des französischen Arbeitsministers Loucheur, der jetzt dem Senat vorliegt, enthält einige für Reparationslieferungen wichtige Bestimmungen. Die Regierung ist ermächtigt, durch Verordnung vollen oder teilweisen Zollnachlass zu gewähren für alle zum Wohnungsbau im Rahmen dieses Gesetzes erforderlichen Sachlieferungen. Ein weiterer Artikel bestimmt demgemäß, daß der Staat die Bauherren verpflichten kann, die staatlichen Bauzuschüsse in Form deutscher Sachlieferungen entgegenzunehmen.

Französisches Wohnungswesen.

Zum 11. Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongress.

Paris, Anfang Juli 1928.

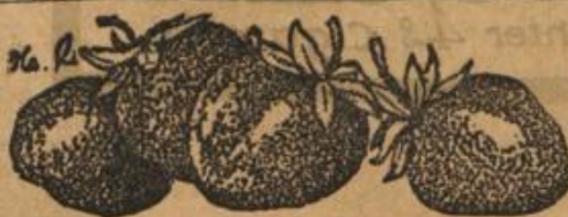
Wird der 11. Internationale Wohnungs- und Städtebaukongress, der jetzt in Paris bis zum 8. Juli tagt, auf die Auffassung der Franzosen über das Wohnungswesen einen günstigen Einfluß ausüben können? Werden endlich größere Gartenstädte und Landwohnungen entstehen, so wie sie in der Gasse Henri Cellier in Suresnes, wo er Bürgermeister ist, bereits geschaffen hat?

Die Wohnungsnot, an der Frankreich seit 1917 leidet, ist durch die Kriegserwüstungen bedeuten verstärkt. Auch die Steigerung der Mieten, die Erhöhung von Steuern, das Nachlassen der Hypothekenverleihungen, das Fehlen der Kaufkraft der Löhne und das Steigen der Baukosten trugen zur Krise bei. Während der Lebensmittelpreis jetzt auf 5,25 steht, sind die Baukosten auf 6,20 gestiegen (auf der Basis von 1 für 1914). 1914 erhielt ein Tagelöhner 7 Goldfranken pro Tag, heute bekommt er 35 Franken in Paris, was der Entwertung, nicht aber der Teuerung entspricht. In der Provinz (außer in Lyon) sind die Löhne noch niedriger.

Im Moment ist kein Wiederaufleben der französischen Bautätigkeit vorzusagen. Das Wohnungsbauprogramm von Loucheur von 200 000 Wohnungen auf sechs Jahre bedeutet nicht allzu viel. Die unmittelbaren Nachkriegsbedürfnisse sind befriedigt, und in Südfrankreich, von Mentone bis Biarritz, baute man nur in den vergangenen Jahren stark, um den Frankenschlag, der jetzt ausgebrochen hat, auszugleichen. Der nunmehr einsetzende Konkurrenzkampf kann allerdings einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Baupreise ausüben.

Man hat in den letzten zehn Jahren fast nur für die reichen Leute gebaut — an die Armen dachte fast keiner. Die schick man im Notfall zur Heilsarmee, und ganz ernsthaft verlangte schon Georges Rister (Präsident der „Französischen Vereinigung für billige Wohnungen“), die Vereine, die Wohnungslosen Obdach gewähren, wie die Heilsarmee, mögen städtische oder staatliche Unterstützungen dafür erhalten. Das ist natürlich keine Lösung.

Die Enge und mangelnde Hygiene der Landwohnungen schaffen einen immer stärkeren Zugang in die Großstädte. Es gibt drei Kategorien von Landarbeitern: Zunächst die Schmiede, Wagner, Sattler, Maurer, Böttcher, Zimmerer. Ihnen gehört meist das von ihnen bewohnte Haus. Dann gibt es die Arbeiter, die auf ein Jahr einen Kontrakt abschließen: die Fuhrleute, Ochsentreiber und Stallschweizer. Sie bekommen ihre Wohnung von den Arbeitgebern. Am schwersten haben es demgegenüber die Saisonarbeiter, die vier bis fünf Monate in einer Stellung bleiben. Sie bekommen Kost und Logis frei. Die Männer sind oft in großen, ungesunden Schlafzimmern zusammengedrängt. In der Normandie, der Touraine und Bourgogne ist es üblich, diese Landarbeiter in Ställen oder Viehschuppen übernachten zu lassen. Aber auch das ist noch ein Paradies gegenüber den Zuständen, die in der Stadt Rouen herrschen, wo die Wohnungen so sehr von Ungeziefer zerfressen werden, daß die Einwohner in vielen Straßen vorziehen, auf Stühlen im Freien vor ihrem Haus zu schlafen und die kleinen Kinder in Rehen an der Zimmerdecke aufzuhängen.



Erdbeeren mit Maizena!

Maizena-Flammerl mit Erdbeeren

2 Pfd. Garten-Erdbeeren werden mit etwas Zucker und wenig kaltem Wasser, in das man 1 Teelöffel Maizena auflöst, leicht aufgekocht. 120 Gr. „Maizena“ wird in kalter Milch gelöst und mit Zucker und Vanille durchgekocht. Dann mischt man die Maizena-Masse mit den Erdbeeren, von denen vorher die Sauce abgeseigt wird, läßt die Speise in ausgespülter Form erkalten und serviert mit der Erdbeer-Sauce.

ganges der Kartoffelpreise sogar eine Senkung um 7 Proz. zu verzeichnen; der Lohn sank von 46,12 auf 43,89 Pf.

Der durchschnittliche Preis für Roggen, Weizen, Gerste und Hafer im Wirtschaftsjahr 1927/28 ist gegenüber dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr eher gestiegen um 8 Proz. bei Roggen, von 228 auf 247 M. pro Tonne; gesunken um 9 Proz. bei Weizen, von 274 M. auf 249 M.; gestiegen um 20 Proz. bei Gerste, von 192 auf 237 M.; gestiegen um 25 Proz. bei Hafer, von 183 auf 226 M.

Das ist das Gegenteil von dem, was die landwirtschaftlichen Unternehmer behaupten. Die Landarbeiterlöhne sind nicht stärker gestiegen, als es bei den Getreidepreisen der Fall ist. Eine Ausnahme macht lediglich der Weizen. Dabei ist aber zu beachten, daß der Weizenbau in der deutschen Landwirtschaft keineswegs an erster Stelle steht und die prozentualen Preissteigerungen bei Hafer und Gerste sogar noch wesentlich höher sind als die höchsten prozentualen Lohnsteigerungen. Weiter ist zu beachten, daß die Getreidepreissteigerungen, die vielfach die wichtigste Ursache für das Ansteigen der Landarbeiterlöhne sind, für die landwirtschaftlichen Unternehmer einen weit größeren Wert darstellen, als für den landwirtschaftlichen Deputatarbeiter. Der landwirtschaftliche Unternehmer kann das Getreide verkaufen und entsprechenden Mehroberdienst einlecken. Der landwirtschaftliche Deputatarbeiter dagegen benötigt das ihm gehörende Getreide zum Verbrauch in seiner Familie. Getreidepreissteigerungen haben für ihn nur einen theoretischen Wert.

Der Steuerfiskus als Kreditgeber.

20 Prozent rückständige Steuern beim Reich.

Eine der beliebtesten Methoden des Finanzkapitals, von billigen Krediten zu profitieren, ist der Weg, Steuern nicht bezahlen oder sich Steuern fänden zu lassen. Das Reichsfinanzministerium gibt für den 1. April den Stand der Steuern, die rückständig oder gestundet sind, auf 432,9 Millionen Mark an. Diese 432,9 Millionen Mark beziehen sich aber nur auf das Quartal Januar bis März 1928. Koh gerechnet, sind also sämtliche Steuereinnahmen des Reiches in diesem Vierteljahr nur mit 50 Proz. eingegangen und 20 Proz. sind rückständig. Von den 432,9 Millionen Mark sind 259,2 Millionen Mark gestundete Steuern. Fast ausschließlich handelt es sich dabei um Einkommensteuern. Es sind rund 160 Millionen Einkommensteuer und über 200 Millionen Körperschafts-, Vermögens-, Erbschafts-, Gesellschafts-, Obligationen- und Wertpapiersteuern. Dazu kommen noch rund 64 Millionen Mark Umsatzsteuern. Bei den Zinsen sind 29,4 Millionen Mark rückständig, bei der Zigarettenindustrie 58,9 Millionen Mark und von der Zuckersteuer 8,2 Millionen Mark.

Englische Rußlandgarantie verweigert.

Trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland unterhält die englische Industrie mit der russischen Wirtschaft nach Möglichkeit enge Handelsbeziehungen. Große englische Banken haben einen recht beträchtlichen Kredit zur Verfügung gestellt, damit die englischen Fabrikanten Rußland auf mehrere Jahre hinaus die Zahlungen für gelieferte Waren stunden können. Die englische Industrie hat aber den Wunsch, daß die englische Regierung — ähnlich wie es Deutschland mit seiner kognitiven Ausfallgarantie bei deutschen Lieferungen an Rußland gemacht hat — ebenfalls eine solche Garantie übernimmt. Sie ist damit bei der englischen Regierung aber abgeblitzt. Im Unterhaus wurde auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, nach dem deutschen Beispiel eine Sicherheitsbürgschaft bis zu 60 Proz. für englische Rußlandlieferungen zu übernehmen, vom englischen Handelsministerium eine glatte Abfuhr erteilt.

Aus dem Michael-Konzern. Wie wir einer Mitteilung des „Berliner Börsen-Courier“ vom Freitag entnehmen, ist der ehemalige Direktor der Bank der Arbeiter, Anstellungen und Beamten H. G. Gernsack von Bern Meyer, für den Jakob-Michael-Konzern in führender Stellung verpflichtet worden. Wir hören dazu, daß es sich um die Industrie- und Privatbank H. G. Berlin handelt, die von Jakob Michael beherrscht wird.

Das Schicksal der Zeche „Deimelsberg“. Der Passivanteil der Besessenen der Zeche „Johann Deimelsberg“ ist um eine Million vermehrt worden. Er hat sich der Stilllegungskommission des Überbergamtes Dortmund für die Lebensfähigkeit von Deimelsberg ausgesprochen, wenn die Zeche mit Zentrum 4 bis 6 zu einer Zentralanlage vereinigt würde. Wenige Wochen später sprach er sich dagegen aus, und das preussische Handelsministerium lehnte in der Folge die vom Landtag befürworteten Kredite zur Aufrechterhaltung von Deimelsberg ab. Jetzt hat, wie auf der Generalversammlung des Adler-Bergbau-Konzerns, dem Deimelsberg gehört, mitgeteilt wurde, Professor Dr. Kling von der Technischen Hochschule in Charlottenburg für den vereinigten Betrieb von Deimelsberg und Zentrum 4 bis 6 eine baldige gesunde Rentabilität prognostiziert. Bis Mitte Juli ist die Stilllegung hinausgeschoben, bis dahin soll auch das von Preußen einbehaltenen Obergutachten vorliegen. Der preussische Handelsminister Dr. Schneider hat sich dahin festgelegt, daß nach der Prüfung des „Obergutachten“ die Frage endgültig erklärt werden soll, ob und auf welchem Wege die zur Umstellung erforderlichen Mittel beschafft werden sollen.

Staatsbürgerschaft für die Sächsische Werke A.-G. Der Sächsische Landtag hat eine Regierungsvorlage angenommen, nach der der sächsische Staat die dritte Einzahlung auf 60 Millionen Mark Aktien der Sächsischen Werke A.-G. vollzieht und eine weitere Staatsbürgerschaft für eine von den Sächsischen Werken auszulassende Anzahl übernimmt. Diese Staatsbürgerschaft hat mit den Geschäften der Sächsischen Werke an sich nichts zu tun, sondern ist nur erforderlich, um die Anleihebedingungen günstiger zu gestalten. Ein sozialdemokratischer Antrag wollte die Zahl der 65 Aufsichtsratsmitglieder herabgesetzt wissen. Die Regierung lehnte das ab und erklärte beziehungsweise, daß sie die Zahl der Regierungspartei zu beschränken versuchen werde. Gleichzeitig fand ein parteiloser Antrag bis Zustimmung des Landtags, daß die Sächsischen Werke Industrie und Mittelstand beim Konkurrenz machen sollte. Die gegenwärtige sächsische Regierung scheint nun den Aufgaben sächsischer Werke eine merkwürdige Darstellung zu geben.

Emella — Phoenix — Reichswehr. Der Geschäftsbericht des Emella-Konzerns für das Jahr 1927 hat für die Öffentlichkeit ein besonderes Interesse. Die Münchener Lichtspieltheater A.-G., die nach ihren Anfangsbuchstaben den Namen Emella trägt, ist nämlich der Gewerker Jener herabgehenden Phoenix-Aktion, die der Anlaß des noch berühmteren Phoenix-Standals des Reichswehrministeriums waren. Die Gesellschaft hat im Jahre 1927 wieder ein verlust. Über auf 8 Millionen erhöhtes Aktienkapital erhält aus dem auf 321 000 Mark gestiegenen Reingewinn eine Dividende von 8 Prozent. Der Gewerke der Phoenix-Aktion — das Reichswehrministerium hat die laufenden Schulden der Phoenix A.-G. übernommen — bringt ihr die unbedingte Kontrolle über große Lichtspieltheater in Berlin, Dresden, Köln, München und Nürnberg. Der Phoenix-Standal wurde für den Emella-Konzern ein glänzendes Geschäft.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin S.W. 46, Lindenstraße 1, Tel. 2 500, rechts, zu richten.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg, Montag, 9. Juli, 19 1/2 Uhr pünktlich, ermehrte Preisangebotsaktion bei Frau, Döbner Str. 71.
 - 2. Kreis Friedrichshagen. Das Reichsbanner veranstaltet am Sonntag, 8. Juli, im Reichs Hofgarten, Lichtberg, Köpenick, 25-26, ein großes Volksfest. Eintritt 25 Pf. Anfang 15 Uhr. Das Reichsbanner marschiert ab 14 Uhr vom Peteraburger Platz mit Musik und Fahnen zum Festplatz. Die Mitglieder werden gebeten, dieses Volksfest recht zahlreich zu besuchen.
 - 15. Kreis Tempel. Die Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich an den Sammlungen des Arbeiter-Samariter-Bundes zu beteiligen. Ausgabe der Anzeiger und Broschüren am Sonntag, den 16. Juli, und Sonntag ab 19 Uhr. Für Tempel bei Tempel, Großstr. 3; für Adlershof bei Siegel, Platanenstr. 25.

Heute, Sonnabend, 7. Juli.

- 11. WM. „Unser Weg“ kann sofort von Wegner, Tempelstr. 2, abgeholt werden.
- 12. WM. „Unser Weg“ kann vom Genossen Reiffen, Poststr. 15, sofort abgeholt werden.
- 17. WM. „Unser Weg“ sofort abholen vom Genossen Jochheim.
- 21. WM. Charlottenburg. Die Bezirksleiter holen um 14 Uhr Einladungen und „Unser Weg“ von Frau, Döbner Str. 71, ab.
- 115. WM. Lichtberg. Die Genossen werden gebeten, sich um 13 Uhr an den republikanischen Jahrestag im Lichtberg Park, Platanenstr. 25, zu beteiligen.

Morgen, Sonntag, 8. Juli.

7. WM. Alle Genossen und Genossinnen treffen sich mit ihren Angehörigen, Freunden, Bekannten, Gewerkschaftsmitgliedern und „Unser Weg“-Lesern zum gemeinsamen Ausflug nach Schöneberg morgens 9 Uhr am Steintor Bahnhof. Treffpunkt für Nachzügler Hotel Sauerbrenn. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

- 9. WM. Wohnung! Montag, 9. Juli, 19 1/2 Uhr, bei Frau, Platanenstr. 25, wichtiger Funktionär, Erläuterung aller bringend erforderlich.
- 124. WM. Reinickendorf-Bez. Montag, 9. Juli, um 19 Uhr Versammlungsabend und um 20 Uhr außerordentliche Funktärversammlung in der Baracke Pankow Straße. Erscheinen bringend erforderlich.

Frauenveranstaltungen.

- 2. Kreis Spandau. Heute, Sonnabend, 7. Juli, 19 1/2 Uhr, in Eberls Karikatur, Sackstraße bei Spandau, Propagandaveranstaltung der Frauengruppe der SPD-Spandau. Programms u. a.: Besichtigung, Lebensbilder, Festspiel, Ansprache der Genossin Elise Scheibelhuber. Alle Genossinnen, besonders die Charlottenburger, „Unser Weg“-Leser und Gewerkschaftsmitglieder sind eingeladen.

Bezirksauskunft für Arbeitermobilität.

- 13. Kreis, Sonntag, 8. Juli, findet eine Besichtigung des Schuppenens in Prenzlauer Berg. Treffpunkt 9 Uhr am Steintorbahnhof, Tempel, Adlershof, dann gemeinsames Frühstück zum Schuppenens. Alle Parteigenossen aus dem 19. Kreis sind hiermit eingeladen. Zahlreiche Besuch sind erwartet.

Jugendspartien.
Gruppe Reinickendorf II: Sonntag, 8. Juli, Treffpunkt zur Fahrt 6 Uhr früh Bahnhof Reinickendorf.
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
Wohnung, Heiligengrabe Nr. 1. Wir nehmen nur Frühstück für den ersten Tag mit. 2. Wir treffen uns pünktlich 9.15 Uhr am Hauptplatz (Anhalter, alte Wasserturm). 3. Wir treffen im Heiligengraben am in der Heiligengraber Park „Gartenberg“, Post „Eisenbahn“, Post „Amstorf zum Ziel“.
Der Vorstand:
Kreis Mitte, Gruppe Grunewald: Nachfahrt der Jungen Frauen, Freitag, 14. Juli, von dem Bremerhof, Pankow, nach 17 Uhr vor dem Volkshaus Reinickendorf, Friedrichstr. 1 1/2. Bei Regen fällt die Fahrt aus, bitte Gruppennachmittag im Heim.
Kreis Tempel: Die Heiligengraber treffen sich am Sonntag, 17. Juli, bei Frau, Döbner Str. 4, mit festem Frühstück. (Strohdecke, Platte und leichte Bekleidung.) Sonntag früh treffen wir uns alle pünktlich 6 Uhr am Festplatz im Reichs Hofgarten. Die zurückbleibenden Kinder aller Gruppen betreffen sich an der Genossenschaftsfeier im Carlsberg am Sonntag nachmittag.
Kreis Reinickendorf: Treffpunkt aller Heiligengraber am Sonntag, 8. Juli, 8 1/2 Uhr früh am U-Bahnhof Sauerbrenn, Sackstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. WM. Die Einbürgerung unseres alten Kampfgenossen Kubel! 50 Jahre lang hat er uns im Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse in der proletarischen Weltkriege begleitet. Er wird am Sonntag, 8. Juli, 1928, um 14 Uhr, im Arena-teatrum, Charlottenburg, 27-28, beerdigt. Seine Angehörigen und Genossen werden ersucht, beifolgend zur Beerdigung zu erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Jugendsekretariat, Berlin S.W. 46, Lindenstraße 1.

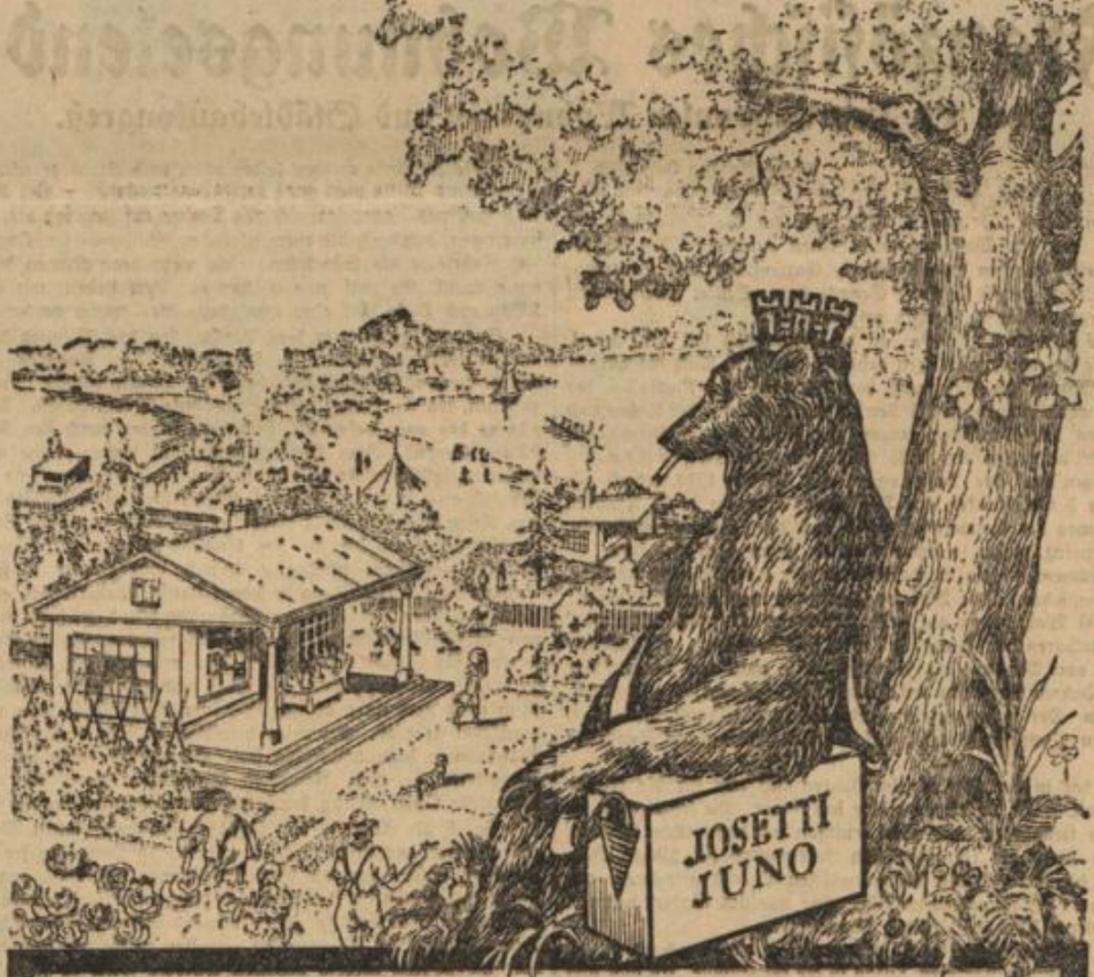
Heute, Sonnabend, den 7. Juli.

Kreis VI: Sonntagsnachmittag, Treffpunkt 17 1/2 Uhr Berliner Bahnhof, Eingang Wiener Straße. Nachmittags 19 1/2 Uhr abend: — Lichtberg-Ritte und 18 Uhr Treffpunkt Bahnhof Stralau-Tummelplatz zur Fahrt.
Kreisleiter Prenzlauer Berg: Sämtliche Damen, Jungen und Mädchen treffen sich am Sonntag, 7. Juli, 19 Uhr, im Ratskeller, Döbner Str. 63, Borsdorf Str. 7, zur Probe für den Jugendabend am Sonntag, 13. Juli. Die Gruppenleiter haben dafür zu sorgen, daß alle Mädchen erscheinen.

Morgen, Sonntag, den 8. Juli.

Wohnung: Treffpunkt zur Fahrt 6 Uhr Bahnhof Wehling. — Kempelhof-Heideberg: Fahrt, Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Kempelhof. — Reinickendorf: Fahrt Pankow-Heideberg, Treffpunkt 6 1/2 Uhr Schloßpark Bahnhof. — Sauerbrenn: Wir treffen uns 7 Uhr Friedrichstraße Sauerbrenn-Platz zur Fahrt. — Sozialistischer Bezirks-Treffpunkt zur Fahrt 6 Uhr Postplatz. — Kinderfreunde: Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Sauerbrenn-Garten, Spiel und Besprechung zur Fahrt.
Kreisleiter Lichtberg: Treffpunkt nach dem Markt. Die Gruppen Lichtberg-Ritte und -Ritt treffen sich um 6 Uhr Bahnhof Stralau-Tummelplatz.
Wohnung, Heiligengrabe: Die Kommunisten zum Samstagabend Jugendtag müssen umgehend abgeben werden.

Was sagt der Bär?



Das Wochenende,
ein Wort in aller Munde, soll Erholung
bringen und Befreiung von Sorge
und Last des Alltags. Dem Berliner ist
diese Erholung vollkommen nur
denkbar in Begleitung seiner geliebten

Joseetti Juno

Berlins meistgeraucherter 4,8 Cigarette

Der Melonenverkäufer.

Skizze von Auguste Bonow.

Jeder Mensch wird geboren, um das zu vollführen, zu dem er auserwählt. Jeder Mensch wird einmal aus einer Gefahr gezogen oder in eine hineingestoßen. Es wurde einst Moses aus dem Schilf errettet, daß er als Mann seinem Volke Befehle geben sollte. Und Jesus ward geboren, um einer neuen Gemeinde Wunder und Lehre zu senden.

Nur der Chinese Pu Yi Tchangtschou kam ins Leben, daß er auf fremden Straßen sein Herz verblute.

Auch Pu Yi Tchangtschou hatte kein Erinnern an seine Geburtsstunde. Bistete nur in bloßen Stunden; mir haben einmal weiße Gaukler gesagt: „Du, Sohn des Himmels, kennst deinen wahren Himmel nicht. Dein Vater und deine schlaffe Mutter arbeiteten mit uns in einem Wagnerspiel. Als sich der Schatz deiner Mutter erschloß, du zum ersten Male von deinem Vater schweigend angesehen wurde, starb acht Tage später die Frau, die dich gebahr. Sie schloß die Augen nicht allein. Wiederum acht Tage darauf fiel dein Vater von hoher Kuppel und zerbrach, wie das Dach eines Reislagers in Sturm.“

Aber Pu Yi Tchangtschou mußte: letzte Erinnerung an meine erste Kindheit habe ich doch. Als ich fünf Jahre zählte, schoben mich die Clowns, die sich meiner in jenem Jirkus, in dem meine Mutter starb, angenommen, wieder von sich, wie ein Reisblatt, das in ihren Klugen nicht schön blieb. Sie jangen mir zum letzten Male das Lied vom Mond und gaben mich zu anderen Wagnerspielen, die ihnen begegnet waren. Auf meineten Landstrichen wurde ich größer und größer. Bald mußte ich bei einem Manne, der sich nur als Chinese ausgegeben hatte, dasselbe tun, was mein Vater getan. Abend für Abend wurde mein langer Kopf eifern fest gelockt. An eine Kalle gebunden. Abend für Abend sauste ich zum höchsten Punkt des Zeltes hinauf. Abend für Abend lachte ich schreiend von schwindelnder Höhe nieder, weil es den Klugen, die auf Bänken und Stühlen saßen, wohlgefiel.

Pu Yi Tchangtschou jedoch mußte am stärksten: Abend für Abend zertrüben weitere Jahre. Rissen in mein klägliches Sein. Das Leben von der Kuppel in die Tiefe wurde mir immer schwerer. Ich lernte weinen, bis — bis an einem ganz besonderen Abend mein erster Wunsch zum ersten Mal erfüllte. Es war so gewesen: ich war mit meiner Nummer fertig. Die Pause legte ein. Doch hatte ich Frucht, in die Erde meines Wohnwagens, den ich mit amerikanischen Kongleuren teilen mußte, zu kriechen. Darum stellte ich mich in einen schmalen Trenngang, aus dem immer der alte Böse getrieben wurde. Zuerst mußte ich nicht, wo ich schmerzlich hinstarrte. Dann mußte ich doch, daß meine Augen auf dem bärtigen Antlitz eines älteren Herrn lagen, der lebend in einer Loge saß. Von jener Sekunde an sah ich mein erstes Licht in meine erste Tat. Bewegte meine Füße vor. Wie von kalten Nadeln getrieben, die die deutsche Erde oft so lieblich und schaurig machen, schloß ich mich an die Loge, neigte tief die Stirne und betete: „Sir, fürchte große Furcht vor Wut ist in mir. Auch große Furcht vor dem Geil, an dem ich hängen muß. Aber Sie sehen wie der Sommer auf Ihrem Bonde aus. Warm, von Sonne vergoldet. Bitte, nehmen Sie mich mit. Schützen Sie mich.“

So, von diesem Abend an war Pu Yi Tchangtschou's Leben ein kesseres geworden. Und seit den letzten sechs Jahren diene er dem Konsul Dr. George Paulsen, einem Junggesellen mit einer alten Hausdame, in einer mittelgroßen Stadt mit vielen grünen, ruhigen Straßen und Plätzen.

Manchmal, Pu Yi Tchangtschou war in den sechs Jahren ein berühmter Diener in dieser Stadt geworden. Tag für Tag kamen viele Kinder an der Villa des Konsuls vorbei, um den schwarzen Kopf zu sehen.

Und Pu Yi Tchangtschou hatte zufrieden erlernt, daß er als persönlicher Diener seinem Herrn gutmütig, vertraulich und ergeben jeden Wunsch von den Augen ablesen mußte.

Doch eines Tages wurde wieder alles anders.

Wieder alles düsterer um den Kopf.

Pu Yi Tchangtschou stand auf einem nassen Rasenfeld. Hinter sich zwei blühende Rosenbüsche. Vor sich das hohe Schmiedegerüst, an das er die Stiege legte.

Doch plötzlich mußte Pu Yi Tchangtschou erschrocken aufsehen. Denn eine andere Faust schlug ihn so gegen die Brust, daß sich sein gelbliches Gesicht in Falten legte.

Und Pu Yi Tchangtschou sah sich einem anderen, edlen Chinesen gegenüber. Einem, der die graue Faust wieder aus den Händen des Gitters zog. Der sagte:

„Wie kommst du hierher? Sprich!“

Pu Yi Tchangtschou konnte nichts verstehen. Weil ihn niemand die Sprache der Chinesen gelehrt. Endlich ließ er stotternd von seinem Leben und von dem guten Reis, den er erhielt.

Der andere nahm eine Bleistiftspitze aus der Brust. Und Bilder daraus. Und zeigte sie durch das Schmiedegerüst. Und sagte:

„Das ist deine Heimat. Dein Reis. Deine Seele.“

Pu Yi Tchangtschou sah: Landsmänner an einer Kantine in Peking. Straßen von Peking selbst, eine reiche Chinesin mit der langen Pfeife, nackte Mädchen im Opiumrausch, eine schlafende, schmale Bräute, die materlich von Haus zu Haus führte, Eisträger und Melonenverkäufer.

Pu Yi Tchangtschou kam zu keinem Stummeln mehr.

Von dieser Stunde war auch die Zufriedenheit der letzten sechs Jahre dahin. Die weiteren Wochen, die kamen, machten aus Pu Yi Tchangtschou einen Diener, der nicht mehr gutmütig seine Dienste tat. Machten aus dem pechschwarzen Kopf einen neuen Hausknüttel.

Pu Yi Tchangtschou lernte sogar, daß man auch einen zweiten Wunsch und zweiten Mut tragen konnte. Und wenn er immer wieder das eine Bild nahm, auf dem er vor den ewig lachenden Gott Putai sah, dann dachte er jedesmal: ich will nie mehr zufrieden sein. Ich will sehr glücklich werden. Das aber kann ich nur in meiner Heimat finden.

Pu Yi Tchangtschou wurde langsam ein ganzer Mann. Einer, der den zweiten Wunsch und zweiten Mut gliebig in seinen Händen hielt. Der eines Nachmittags zu seinem gültigen Herrn schlich, sich wieder tief verneigte und noch einmal bettelte:

„Sir, seit ich weiß, daß einmal weiße Gaukler mir nicht umsonst gesagt, daß ich ein Sohn des Himmels bin, aber meinen wahren Namen nicht kenne, kann ich in Ihrem Hause nicht mehr bleiben. Denn ich weiß jetzt, was mein Himmel ist. Darum will ich nie mehr zufrieden sein. Nur glücklich werden. Bitte, entlassen Sie mich. Sonst muß ich vor Sehnsucht sterben. Schicken Sie mich ins Land meiner Eltern.“

Wie ich zum Theater kam.

Erinnerungen von Leo Glezaf.

Mein Studium war noch nicht so weit gediehen, als daß ich gleich hätte zum Theater gehen können.

Ich nahm also, um mein Leben fristen zu können, eine Stelle als Schreiber in einer Advokaturkanzlei an.

Diese Zeit bedeutete sowohl für mich als auch für den Advokaten eine Quelle von Leiden.

Meine Konzentration auf die diversen Rechtsfälle ließ so viel zu wünschen übrig, daß alles, was ich schrieb, meist unbrauchbar war — selbst wenn man es hätte lesen können.

Es kam oft vor, daß ich, um Auskunft befragt, was dieses oder jenes bedeute, meine eigene Schrift nicht entziffern konnte.

Um neun Uhr früh sah ich in der Kanzlei, und um halb zehn war mein Bedarf bereits derart gedeckt, daß ich unter den kühnsten, an die Leichtgläubigkeit meines Brötherrn die erorbitantesten Ansprüche stellenden Kurieren mich zwei- bis dreimal in der Woche drückte und die Vormittage wegließ.

Dieser Zustand konnte auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden, das stand fest.

Eines Tages rief mich der Chef in sein Allerheiligtum und erwiderte mir, sichtlich bewegt, daß wir nacheinander scheiden mußten. Seine Hochachtung für mich als Sänger nehme, trotzdem er mich nie gehört habe, solche gewaltige Dimensionen an, daß dadurch der Schreiber weit in den Schatten gestellt werde.

Wir reichten einander die Hände, versicherten uns unseres gegenseitigen Wohlwollens und atmeten beide auf, als sich die Türen zwischen uns schloß.

Wenn ich dann später, als alles weit hinter mir lag, mit meinem ehemaligen Chef zusammentraf, sagte er oft: „Glezaf, Sie ahnen nicht, was für ein schlechter Advokaturschreiber Sie waren. Sie los zu werden, bedeutete für jeden Advokaten eine Erlösung!“

Es wäre unklug gewesen, ihm zu widersprechen. Die Sorge um die Existenz stand nun wieder drohend vor mir. Man riet mir, da ich doch kein Spielzeug hätte, zu einem freieren Beruf. Augen! — Großartig!

Ich bekam, durch Empfehlung, die Vertretung einer Firma für Pomidol.

In Deutschland heißt es treffend: Pfaffenmuss.

Ich rannte von einem Kaufmannsleben zum anderen und offerierte meine Pomidol in der intensivsten Form. Ich erklärte es für ein Berberbein, die Gelegenheit vorübergehen zu lassen und mir meine Pomidol nicht aus den Händen zu reißen.

Die Kaufleute fanden mich äußerst original, amüsierten sich sichtlich, aber kauften nichts.

Entweder war die Pomidol nichts wert, oder aber war meine Art und Weise nicht ganz vertrauenswürdig. — Ich weiß es nicht. Eines Tages sprach ich alle Mutter auf und sah ein, daß ich auch hier fehl am Orte war.

Mit trachendem Magen kam ich zu den Gesangstunden.

Mein Lehrer meinte, daß das so nicht weiterginge.

Er besuchte Direktor Aman, der dem Brünner Stadttheater vorstand, und bewirkte, daß ich zum Professionszweck zugelassen wurde. So stand ich endlich auf der Bühne und sang die Bajazzoarie. Das Resultat war herauschend — man engagierte mich sofort.

Fürs erste Jahr bekam ich einen Voranschlag von vierzig Gulden monatlich, der mir im nächsten Jahre von mehr als hundert Gulden Gage abgezogen werden sollte. Für jedes Auftreten ein Spielhonorar von zehn Gulden.

Am dritten Jahre dreihundert Gulden Gage!

Mir schwindelte! — So viel Geld gibt es ja gar nicht! — Ich sah da mit klopfendem Herzen, nur daran denkend: „Was wird die Mutter dazu sagen?“

Diesmal blieb das Herz des Konjuls aus Stein. Dr. George Paulsen erhob sich sehr kurz vom Schreibtisch, an dem er gearbeitet. Sah lange den Diener an. Strich sich den weißen Schnurrbart. Antwortete barsch: „Hörsinn!“

Pu Yi Tchangtschou schlich fort. Im Treppenhause umkrampfte er eine Geländerstange. Bist ins Holz.

Wieder Tage darauf trug seine Seele Haß. Beherrschte sich nur, weil sie es mußte. Aber — die Sohlen seiner schleißenden Füße drückten auf jeden Weg und Sieg den wilden Brand des Aufstiehs.

Pu Yi Tchangtschou bist sich die Zähne aus. Die Reite zerbiß er niemals. Auch kam er nicht zum Worde, den er sich eines Nachts erdacht. Immer wieder schlug ihn sein Herr, der Konsul Dr. George Paulsen, dem eine alte Hausdame wirtschaftete, mit gültigen Worten, die hallten: du wirst ruhiger werden. Pu Yi Tchangtschou. Wieder gutmütig dem Befehl meiner Augen folgen.

Und so wurde langsam und sicher die so gar nicht mordwürdige Seele Pu Yi Tchangtschou's vermisert.

Dieser Wahnsinn ließ den langen, pechschwarzen Kopf oft finnen: was will ich? Mehr kann ich nicht wollen. Nun hat mich mein Herr doch noch beting geschickt. Ich sehe bunte Straßen und will mich ernähren. Aber Eisträger werde ich nicht. Ich werde Melonenverkäufer. Das ist lustig, wie der ewig lachende Gott Putai. Sehr lustig, sehr lustig.

Und als der Herbst kam, war Pu Yi Tchangtschou wirklich sehr lustig geworden. Setzte er sich zu den ersten fallenden Blättern in den Vorgärten des Konsuls auf die Steine.

Zohl hatte Pu Yi Tchangtschou seine Melonen vor sich aufgebaut. Trophäen leuchteten seine glühenden Augen durch zwei Schlitze hindurch. Trophäen hielt er ein Messer zwischen den Fäusten und schnitt — Melonen, Melonen, Melonen —

Er schnitt und lachte. Er sah nicht, daß vorübergehende Vallanten am Jaune staunend stehenzblieben. Er sah nur Chinesen, die ihn grüßten. Demen er die Melonen anbot. Demen er zurief:

„Melonen, schöne Melonen! Seht doch, wie saftig sie sind!“

Kampf gegen die Trunksucht in Sowjetrußland. Die „Centralasien Tribune“ hat in einem Artikel, daß die alkoholische Berührung Sowjetrußlands so weit vorgeschritten sei, daß nur noch die allerhöchsten Maßnahmen eine Beseitigung des Übels herbeiführen könnten. Das Blatt plädiert für eine Schließung aller Schankstätten, sozern sie den Arbeiterklubs, Fabriken oder kulturellen Institutionen angegliedert sind. Das Blatt weist u. a. darauf hin, daß in Denningrad sogar in einem Schulgebäude eine Schenke untergebracht sei.

Dann nach Hause, um die Unterschrift des Vaters auf den Vertrag setzen zu lassen, denn ich war erst neunzehn Jahre alt.

Das sich dabei für ein Glücksgefühl ausstieß, in welchen Formen es zum Ausdruck kam, kann ich nicht schildern, ich würde es damit profanieren.

Alle Rot hatte ein Ende!

Nun war ich Mitglied des Theaters und durfte in die Künstlerloge gehen. — Ich wohnte in derselben.

Jedes Erwachen des Morgens war ein Fest.

Sämtliche Advokaturkanzleien und Powidolbäcker der Erde konnten mir den Bockel herunterreißen.

Da es in Vertage Bedingung war, daß ich im ersten Jahre mindestens drei Opernpartien Bühnenreif studieren müßte, ich aber noch keine Note lesen konnte, spielte mir Rama Robinson am Klavier mit einem Finger jede so lange vor, bis ich sie nachsingen konnte.

Auf diese mühsame Art erlernte ich den Freischütz, die Zauberflöte und den Lohengrin.

Beschäftigt wurde ich nicht, was mich mit Entrüstung erfüllte. Ich glaubte mich zurückgesetzt, gab auch dieser Empfindung im Kollegenkreise drastischen Ausdruck und erklärte meinen Direktor für einen Trottel.

Dies wurde ihm naturgemäß pünktlich zurückgezahlt, was eine ziemlich bewegte Aussprache und ein noch intensiveres Kollabieren zur Folge hatte.

Da kam das Beneiz des Bassisten Schulowsky. Er wählte Lohengrin, mit der Bedingung, mein verweirter Jugendfreund und Studiengenosse solle den Telesamund singen und ich den Lohengrin.

Adolf Berger, der leider so früh Dahingefriedene, eine sonnjige Frohnatur und mir ein lieber, herzlicher Kamerad, gleichfalls ein Bekannter Kind, besaß eine herrliche Baritonstimme, war mustersächlich und gefänglich viel reifer als ich und wurde daher von Direktor Aman als Telesamund sofort akzeptiert.

Bei mir wehrte er sich in dem berechtigten Anglistgefühl, daß es eine Katastrophe werden könnte, mit Händen und Füßen.

Aber Robinson mußte ihn zu überreden — endlich willigte er ein. Kapellmeister Thieme, ein äußerst tüchtiger, gewisserhafter Norddeutscher, leitete die Vorstellung.

Es kam zur Generalprobe — das Partett soll Weisen.

Alles ging soweit ganz gut, bis auf einige Talentgleichungen, die der Kapellmeister scharf riigte.

Nun kam aber eine Stelle, wo sich der Arme mit seinem Dechetter wahrhaftig keinen Rat mehr wußte.

Er schrie: „Glezaf, nehmen Sie doch die Noten zur Hand!“

Ich erwiderte bescheiden: „Lieber Herr, wenn ich Noten lesen könnte, so redete ich nicht mit Ihnen!“

Die gespannte Situation wich einer entspannten Bitterkeit.

Dann kam der Abend.

Zur Vorprobe stand der damalige Heldentenor als Lohengrin angekleidet in den Kulissen, um einzuspringen, wenn es nicht mehr weitergehen sollte.

Es ging weiter, bis zum Schluß, und brachte mir einen großen Erfolg.

In der Kulisse stand mein Direktor.

Ich trat zu ihm, nahm ihn um den Hals und bot ihn wegen des Trottel's im Vergeltung.

Er verzog und wurde mir ein warmer, fördernder Freund, dem ich viel zu danken habe.

Notenlesen habe ich inzwischen gelernt, bis auf die Bohnoten. Die kenne ich auch heute noch nicht.

Ich befürchte ernstlich, ich werde sie nie mehr erlernen.

(Mit besonderer Gelaubnis des Verlegers Ernst Kowolik, Berlin, dem Buch „Meine (antiligen) Welter“ von Leo Glezaf, einzunehmen.)

Aufschwung der schwarzen Rasse

Der gebildete amerikanische Neger.

Sechzig Jahre sind es her, daß der Neger durch den Sieg des Nordens über den Süden aus der Sklaverei befreit wurde. In dieser kurzen Zeitspanne hat der Neger eine kulturelle Entwicklung durchgemacht, die verblüffend ist und in ihrer ganzen Ausdehnung am besten durch ein paar Zahlen illustriert wird.

Um den kulturellen Aufschwung des Negers hat sich vor allem das vorbildlich geleitete Tuskegee-Institut in Alabama verdient gemacht, das sich als Gewerbeschule und Lehrerbildungsanstalt in ganz Amerika eines hervorragenden Rufes erfreut. Dem Tuskegee-Institut sind eine ganze Reihe anderer Anstalten nachgegründet worden. In der kurzen Zeitspanne von 40 Jahren haben es die Neger so weit gebracht, daß sie heute über 40000 schwarze Lehrkräfte verfügen können, von denen 3000 Hochschulbildung besitzen. Insgesamt gibt es über 100000 schwarze Studenten und Studentinnen in Amerika.

In den Schulen der Neger werden 2 1/2 Millionen schwarze Schulkinder unterrichtet, wofür ein jährliches Schulgeld von 15 Millionen Dollar aufgebracht werden muß. Die kulturellen Anstaltungen der Neger haben den Erfolg erzielt, daß es heute nur noch 15 Proz. Analphabeten unter den Schwarzen gibt — ein Prozent, der wesentlich besser ist, als der Italiens oder Spaniens.

In akademischen Berufen, wie Richter, Staatsanwaltschaften, Apotheker und Zahnärzte sind die Neger stark vertreten. Es gibt es über 500 schwarze Ärzte und Zahnärzte. Selbstverständlich sind Neger auch in Landesparlamenten — in 18 Landtagen und in einem Landtags-Oberrath — durch Abgeordnete vertreten.

Auch in wirtschaftlichen Leben Amerikas stellen die Neger heute eine durchaus beachtenswerte Kraft dar. Ganz abgesehen davon, daß es zahlreiche Negermillionäre gibt, verfügen die Schwarzen über 72 Negerbanken mit schwarzen Direktoren und ebenbürtigen Versicherungsgesellschaften — 34 an der Zahl. Und da es eine ziemlich starke Negerpresse gibt, deren bedeutendstes Organ „The Crisis“ ist, so verstehen die Neger es ausgezeichnet, sich Gehör zu verschaffen.

Die Zahl der selbständigen Landwirte wird auf 90000 geschätzt. Davon sind über 20000 Gutsbesitzer, der Rest Pächter.

Das afrikanische Ideal existiert für den Neger Amerikas nicht. Wenn er nach Afrika geht, dann nur als Weltreisender, Säger — oder Missionar. Die religiöse Bewegung unter den Negern ist sehr stark.

In jüngster Zeit haben sich die Neger auch in der Kunstwelt Geltung zu verschaffen gemacht. Es liegt nur an den auch bei uns sehr gelehrten Regentenor Roland Hayes und an den beiden Künstlerinnen Florence Mills und Josephine Baker erinnert. Auf dem Gebiet des Sports haben die Neger schon ausgezeichnetes geleistet, stellen sie doch im Boxsport, Springen, Bowlen und Schwimmen eine ganze Reihe internationaler Meister.

